

# Antragsbuch



*Zur Freiheit: Bitte links!*



Jusos in der SPD - Landesverband Sachsen-Anhalt  
Landesdelegiertenkonferenz 2014  
5. bis 6. Juli in Halle (Saale)  
Berufsbildende Schule „Johann Christoph von Dreyhaupt“

## Inhaltsverzeichnis

1	<b>Antragsbereich A - Arbeitsprogramm</b>	
2	A1 -	
3	Arbeitsprogramm der Jusos Sachsen-Anhalt 2014-2016 .....	3
4		
5	<b>Antragsbereich B - Bildung und Wissenschaft</b>	
6	B1 Hochschulpolitik.....	13
7	B2 Freiwerdende BAföG-Mittel in Hochschulfinanzierung lenken.....	14
8	B3 Unterrichtsversorgung im Land sicherstellen .....	15
9	B4 Hochschulen entwickeln statt abwickeln .....	16
10	B5 Mehr Europa an den Hochschulen Sachsen-Anhalts! .....	18
11	B6 Besserer Schutz vor Diskriminierung an den Hochschulen. Zugang für Studierende zu den 12 Gleichstellungsbeauftragten sichern .....	18
13	B7 Mindestpunktzahl in sonstigen Leistungserhebungen der Sek I und II .....	20
14		
15	<b>Antragsbereich C - Innen-, Außen- und Kommunalpolitik</b>	
16	C1 Meldepflicht für Zivilbeamte auf Demonstrationen .....	22
17	C2 Keine Zusammenarbeit mit der Clausewitz-Gesellschaft.....	22
18	C3 Verbot des Einsatzes von Reiterstaffeln auf Demonstrationen .....	23
19	C4 Rassismus bekämpfen – Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen Rassismus und 20 Intoleranz umsetzen.....	24
21	C5 Einführung eines Datenbriefes .....	25
22	C6 Unabhängigkeit und Gestaltungsraum des Bundesdatenschutzbeauftragten.....	25
23	C7 Europäische Datenschutzverordnung vorantreiben .....	26
24	C8 Kein Gedenken an Verbrecher! Bundeswehreinrichtungen endlich umbenennen.....	27
25	C9 Aktionsplan zur Darstellung von Menschen in Medien.....	28
26	C10 Befreiung familiärer Beziehung von ökonomischen Zwängen.....	29
27	C12 Abschaffung des allgemeinen Verschreibungsverbot für Off-Label Use von Arzneimitteln 28 (zulassungsüberschreitende Anwendung) .....	30
29	C13 Geschichte verpflichtet: Rehabilitierung und Entschädigung so genannter „175er“.....	31
30	C14 Sinnvolle Katastrophenübungen – üben sollen die Koordinator_innen!.....	32
31	C15 Streichung des ersten Punktes im § 1592 BGB .....	32
32	C16 Anspruch auf Rechtsberatung im Asylverfahren .....	33
33	C17 Fitness sicherer machen!.....	34
34	C18 Landesversammlungsgesetz ändern – Zuständigkeit als Verwaltungsbehörde konsequent in 35 kommunale Hände geben .....	34
36	C19 Einführung von geschlossenen Listen und Wahlkreisen bei Kommunalwahlen .....	35
37	C20 Abschaffung der Straffheit bei Selbstanzeigen .....	36

## Inhaltsverzeichnis

1	C21 Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen .....	36
2	C22 Wahlrecht ab 16 Jahren für die Landtagswahlen .....	37
3	C23 Zulassung homo- und bisexueller Männer zur Blut- und Blutplasmaspende .....	38
4	C24 Automatische Absage aller Sportveranstaltungen bei Katastrophenalarm .....	39
5		
6	<b>Antragsbereich D - Wirtschaft, Arbeit und Soziales</b>	
7	D1 Europäischen IT-Sektor stärken – Spionage bekämpfen .....	40
8	D2 Situation von gleichgeschlechtlichen Paaren mit Kinderwunsch verbessern: Einen weiteren Schritt gehen und die Regelungen für legale, medizinisch begleitete Insemination in Deutschland verbessern .....	42
9	.....	42
10	.....	42
11	D3 Keine weitere Subvention von Solaranlagen .....	43
12	D4 Netzausbau beschleunigen .....	44
13	D5 Aids-Hilfen in Sachsen-Anhalt stärker fördern .....	45
14	D6 Gesundheit fördern, falsche Anreize verbieten! .....	46
15	D7 Allgemeine anonymisierte Bewerbung durchsetzen.....	46
16	D8 Informationspflicht privater Krankenversicherungen in Bezug auf die „Befreiung von der Versicherungspflicht“ bei familienversicherten Jugendlichen.....	47
17	.....	47
18	D9 Vergütung während praktischer Phase in Psychotherapeutenausbildung.....	48
19	D10 Stärkung des Medien-Pädagogischen Bereich der Sozialen Arbeit .....	49
20	D11 Verkürzung von Wartezeiten bei Behandlung psychischer Krankheiten.....	49
21		
22	<b>Antragsbereich E - Umwelt, Verkehr und Energie</b>	
23		
24	E1 Abschaffung des EEG-Eigenstromprivilegs nach § 37 Abs. 3 EEG.....	51
25	E2 Anforderungen an den nächsten Bundesverkehrswegeplan .....	51
26	E3 Erlass der Umsatzsteuer für CO2-neutrale Fahrzeuge .....	52
27	E4 Fertigstellung der Bundesautobahnen A14 und A143.....	53
28	E5 Kurze Beine, kurze Wege – Landkreise sollen ihrer Verantwortung bei der Schülerbeförderung nachkommen .....	53
29	.....	53
30		
31	<b>Antragsbereich O - Organisation</b>	
32		
33	O1 Unser Weg zur Freiheit – ein Verbandsprojekt .....	55
34	O2 Echte Menschenbilder in der SPD.....	59
35	O3 SPD-Konten nur bei gemeinwohlverpflichteten oder genossenschaftlich organisierten Banken oder Sparkassen.....	60
36	.....	60
37	O4 Abschaffung des negativen Stimmgewichts bei einem Mitgliederentscheid .....	61
38	O5 Simultandolmetschen des Juso-Bundeskongresses in Englisch und Bereitstellung der Tonspur parallel zum Livestream .....	61
39	.....	61
40		

1 Beschluss: A1  
2  
3

4 **Arbeitsprogramm der Jusos Sachsen-Anhalt 2014-2016**

5  
6 **1. Teil: Past**  
7

8 Seit 25 Jahren gibt es Jusos in Sachsen-Anhalt: Während sich viele von uns an die Aktiven in der  
9 Aufbauarbeit der ersten Jahre kaum noch erinnern können, weil diese aus unterschiedlichen Gründen  
10 nicht mehr aktiv sind, gewährleisteten die Jusos der zweiten Generation, die in den 1990er Jahren  
11 Juso-Aktiven, inzwischen einen gewichtigen Teil der berufspolitischen und ehrenamtlichen Arbeit der  
12 SPD im Landesverband, in den Kreis- und Stadtverbänden und in den Ortsvereinen.  
13

14 Die dritte Generation von Jusos, die in Sachsen-Anhalt insbesondere im vergangenen Jahrzehnt  
15 gewirkt hat, rückt der Bio-Klippe näher oder hat sie bereits gerissen. Diese Generation war es, die in  
16 zähen Auseinandersetzungen – zunächst in der Partei, dann außerhalb – daran mitgewirkt hat, dass  
17 der Juso-Landesverband in Sachsen-Anhalt als eine streitlustige (und nicht unumstrittene), aktive und  
18 kontinuierlich arbeitende Nachwuchsorganisation der SPD wahrgenommen wird.  
19

20 Nun aber schlägt die Stunde der vierten Juso-Generation, der um oder nach 1989 geborenen Jusos,  
21 die in Sachsen-Anhalt aufgewachsen sind und hier leben oder (oft zum Studium) nach Sachsen-  
22 Anhalt gezogen sind. Diese Generation ist es, die unseren Landesverband in den vergangenen  
23 Jahren belebt, verjüngt und bereichert hat. Sie rückt nun in entscheidender Weise in die  
24 Verantwortung ein, die Zukunft des Verbandes zu gestalten.  
25

26 Wir Jusos Sachsen-Anhalt verstehen uns als ein Landesverband, der dem Grundgedanken der  
27 Doppelstrategie vor dem Hintergrund der Besonderheiten eines Flächenlandes verpflichtet ist: Wir  
28 wirken einerseits bei der Jugend unseres schönen Bundeslandes für gerechtere Bildungszugänge  
29 und Ausbildungsmöglichkeiten, gute Arbeit und hervorragende Studienbedingungen, für die weitere  
30 Demokratisierung der Wirtschaft und verantwortungsvolle Umweltpolitik sowie mit besonderem  
31 Nachdruck gegen blindwütiges, lineares Sparen und eine finanzielle Austrocknung der Kommunen  
32 Sachsen-Anhalts. Zudem setzten wir kraftvolle Zeichen gegen gruppenbezogene  
33 Menschenfeindlichkeit und stehen für ein solidarisches Miteinander der Generationen ein.  
34

35 Wir wirken andererseits als in der aktivsten Arbeitsgemeinschaft der SPD organisierte junge  
36 Menschen in diese hinein und vertreten dort unsere Ansichten. Viele von uns sind leidenschaftliche  
37 Jusos und überzeugte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gleichermaßen. Uns ist bewusst,  
38 dass Maximalforderungen gerade in einer Koalition mit der CDU oder in komplizierten  
39 Mehrheitsverhältnissen in den Kommunalparlamenten nicht immer eins zu eins durchzusetzen sind,  
40 dennoch werben wir dafür, vor lauter Pragmatismus nicht Grundsatzbeschlüsse und Wahlprogramme  
41 zu vergessen.  
42

43 **2. Teil: Present**  
44

45 Das Team des Juso-Landesvorstands setzt sich aus Mitgliedern mit verschiedenen  
46 Arbeitsschwerpunkten und Aufgaben zusammen. Wir halten ein grundlegendes Aufgabenverständnis  
47 für den Landesvorstand in diesem Programm fest.  
48  
49

50 **Konkrete Arbeit und Aufgaben des Landesvorstands**  
51

52 Die Mitglieder des Juso-Landesvorstands koordinieren die politische und strukturell-organisatorische  
53 Arbeit des Landesverbandes. Sie beraten und beschließen in regelmäßigen Zusammenkünften unter  
54 Berücksichtigung der Beschlüsse der LDK und des Landesausschusses.  
55

## Antragsbereich A - Arbeitsprogramm

1 Das Handeln des Landesvorstands soll weiterhin eine Balance zwischen der Anbindung an die  
2 politischen Entwicklungen in Sachsen-Anhalt und den Interessen eines politischen Jugendverbandes  
3 aufrechterhalten.  
4

5 Auf seiner konstituierenden Sitzung gibt sich der Landesvorstand eine Geschäftsordnung und legt  
6 individuelle Aufgabenbereiche für die gesamte Legislatur fest. Die Aufgabenverteilung ist umgehend  
7 dem Juso-Landesverband mitzuteilen. Die Arbeit der Landesvorstandmitglieder soll auch daran  
8 gemessen werden, wie sie ihre Pflichten bei der Kreis- und Arbeitskreisbetreuung wahrnehmen.  
9

10 Der Landesvorstand bestimmt ein koordinierend für die Pressearbeit zuständiges Mitglied  
11 (Pressesprecher\*in) sowie mindestens ein Mitglied, welches für die Betreuung und Gestaltung der  
12 Webseite, des Facebook-Auftrittes, des Youtube-Kanals sowie eines neu einzurichtenden Blogs in  
13 besonderer Weise verantwortlich ist. Beides kann in Personalunion geschehen. Für beide haben die  
14 Mitglieder des Landesvorstands über eine Aufgabenbeschreibung zu bestimmen, welche neben  
15 Aufgaben auch Berechtigungen konkretisiert.  
16

17 Die Außenvertretung des Landesverbandes wird von der/dem Landesvorsitzenden insbesondere in  
18 Absprache mit diesen/r/m Funktionsträger\_innen und dem/der Landesausschussvorsitzenden  
19 wahrgenommen.  
20

21 Grundsätzlich gilt, dass der Landesvorstand sowohl auf die aktive Mitarbeit der gewählten als auch  
22 der kooptierten Mitglieder angewiesen ist. Während die gewählten Mitglieder ein breites Aufgabenfeld  
23 bearbeiten, sind die kooptierten Mitglieder als Spezialist\*innen in ihren inhaltlichen Feldern  
24 anzusehen.  
25

### **Landesausschuss**

26  
27

28 Der Landesausschuss vertritt die Interessen der Stadt- und Kreisverbände auf Landesebene. Er  
29 kontrolliert und korrigiert gegebenenfalls die Arbeit des Landesvorstandes, beschließt über politische  
30 Angelegenheiten und versteht sich selbst als eine Plattform zum Austausch von Informationen.  
31 Zudem unterstützt er den Landesvorstand bei der Nachverfolgung der Beschlüsse des  
32 Landesverbandes.  
33

34 Der Stellenwert des Landesausschusses als höchstes beschlussfassendes Gremium zwischen den  
35 Landesdelegiertenkonferenzen ist ungebrochen hoch, doch trotz einer Verbesserung bei der  
36 Teilnahme muss die in der letzten Legislatur begonnene Reform fortgeführt werden. Dabei ist  
37 insbesondere die erstmalig beschlossene Geschäftsordnung auf ihre Praktikabilität zu prüfen.  
38

39 Weiterhin haben sich die Mitglieder des Landesausschusses darauf verständigt im Turnus von jeweils  
40 zwei Monaten eine reguläre Sitzung einzuberufen und sich zu aktuellen (tages-)politischen Themen  
41 auszutauschen und zu positionieren. Zur Sicherung der Beteiligung an den Sitzungen des  
42 Landesausschusses, wird angestrebt die Termine an anderen Landesaktivitäten (Seminare, etc.)  
43 anzuknüpfen bzw. vor sie zu stellen. Dadurch und durch ein erweitertes, inhaltliche Themen  
44 bearbeitendes Aufgabenfeld soll der Landesausschuss zukünftig an Attraktivität zurückgewinnen.  
45

46 Zwischen den Terminen werden die Landesausschussmitglieder von der/dem Vorsitzenden  
47 regelmäßig über die Arbeit des Landesvorstandes informiert. Um die Beschlussfähigkeit und damit  
48 auch die Handlungsfähigkeit des Gremiums zu gewährleisten sind alle ordentlichen Mitglieder sowie  
49 deren Stellvertreter angehalten, sich entsprechend einzubringen und an den Sitzungen teilzunehmen.  
50 Die/der Ausschussvorsitzende wird sich in Einzelfällen mit Mitgliedern, die vermehrt Sitzungen  
51 fernbleiben, in Verbindung setzen.  
52

53 Insgesamt soll der Landesausschuss bis zum Ende der Legislatur 2014-2016 zu einer Arbeitsweise  
54 gefunden haben, die es ihm ermöglicht den eingangs benannten Stellenwert zu behalten und auch

## Antragsbereich A - Arbeitsprogramm

1 zur Stärkung des Juso-Landesverbandes in der SPD beizutragen. Ein gefestigter Landesausschuss  
2 ist überdies in der Lage den Landesvorstand zu kontrollieren und ihm in seiner Arbeit beizustehen.  
3

4 Als Stichtag der Ermittlung für die gemäß Richtlinien der Jusos Sachsen-Anhalt auf die Kreis- und  
5 Stadtverbände entfallenden Vertreter\*innen im Landesausschuss legt die LDK für die  
6 Legislaturperiode 2014-2016 den 30. Juni 2014 fest.  
7

### 8 **Arbeit der Landesarbeitskreise**

9  
10 In der kommenden Legislatur soll mit „LAK-Wochenenden“ eine neue Veranstaltungsform und  
11 terminliche Bündelung der Landesarbeitskreise getestet werden. Die LAK-Koordinator\*innen,  
12 Landesvorstand und Landesausschuss werden damit beauftragt, diese in Zusammenarbeit zu  
13 organisieren. Die Wochenenden sollen an dezentralen Orten stattfinden. Dabei sollen vor allem  
14 Themen mit einbezogen werden, die LAK-übergreifend diskutiert werden können.  
15

### 16 **Thematische Ausrichtung der Landesarbeitskreise:**

#### 17 Landesarbeitskreis „Bildung und Soziales“ (BiSo)

18  
19 Die Bandbreite der Themen, welche in diesem Landesarbeitskreis bearbeitet werden können, ist so  
20 groß, dass man hier auch von einer Politik „von der Wiege bis zur Bahre“ sprechen kann. Des  
21 Weiteren werden Bildungs- und Sozialpolitik immer als Kernkompetenzen sozialdemokratischer  
22 Politik angesehen, daher sollten die Jusos sich auch mit den aktuellen Vorhaben der Landes- und  
23 Bundespolitik in diesen Bereichen beschäftigen und ihre Ideen und Meinungen einbringen. Der  
24 Landesarbeitskreis sollte aber auch eigene politische Impulse setzen. Generelles Ziel soll es sein,  
25 dass politische Ideen und Konzepte entwickelt werden, die aus der Sicht des Landesarbeitskreises  
26 umgesetzt werden können bzw. sollten und den Menschen konkret helfen.  
27

28  
29 Jedes Juso- Mitglied kann Themenvorschläge unterbreiten bzw. für eine Sitzung vorbereiten. Hierzu  
30 sollte halbjährlich ein aktueller Arbeitsplan abgestimmt werden.  
31

#### 32 *Bereich Bildung*

33 Im Jahr 2009 wurde ein Leitantrag des Landesarbeitskreises „Bildung im 21. Jahrhundert in Sachsen-  
34 Anhalt“ von der Landesdelegiertenkonferenz verabschiedet, welcher die Ideen und Vorstellungen der  
35 Jusos Sachsen-Anhalt zu einer modernen Bildungspolitik mit lebenslangem Lernen darstellt. Nach  
36 fünf Jahren sollte dieses Konzept durch den Landesarbeitskreis evaluiert werden. Hierbei soll  
37 geschaut werden, was schon erreicht worden ist und in welchen Bereichen wir auf Landesebene  
38 Initiative ergreifen sollten. Folgende Themenfelder gehören zum Bereich Bildung:

- 39 - Allgemeine und Berufsbildende Schulen
- 40 - schulbegleitende Einrichtungen und Maßnahmen
- 41 - politische Bildung
- 42 - Lehrer\*innenausbildung, Aus- und Fortbildung, Erwachsenenbildung

#### 43 44 *Bereich Soziales*

45 In diesem Bereich ist es der Anspruch des Landesarbeitskreises, sich nicht nur zu Themen zu  
46 äußern, die für Menschen unter 35 Jahren wichtig sind, sondern dass wir eine  
47 gesamtgesellschaftliche Sozialpolitik betreiben wollen. Hierzu soll mit anderen Arbeitsgemeinschaften  
48 und Fachausschüssen der SPD zusammengearbeitet werden. Folgende Themenfelder gehören zum  
49 Bereich Soziales:

- 50 - Gesundheit
- 51 - Jugend, Familien, Senioren
- 52 - Verbraucherschutz
- 53 - Integration

#### 54 55 Landesarbeitskreis „gegen Rechtsextremismus“ (gR)

## Antragsbereich A - Arbeitsprogramm

1  
2 Die Jusos Sachsen-Anhalt werden sich weiterhin aktiv gegen Rechtsextremismus engagieren. Hierzu  
3 gehört neben intensiver Netzwerk- und Bündnisarbeit auch die regelmäßige Beteiligung an  
4 Demonstrationen gegen rechtsextreme Aufmärsche. Wir haben in der Vergangenheit festgestellt,  
5 dass das Engagement vieler Funktions- und Mandatstragenden der Landes-SPD stark ausbaufähig  
6 ist. Gerade in Zeiten verstärkter Übergriffe von Polizist\*innen auf Demonstrierende führt die Präsenz  
7 von Abgeordneten auf entsprechenden Veranstaltungen zu einem umsichtigeren Auftreten der  
8 Polizist\*innen. Uns ist bewusst, dass das keine endgültige Lösung für polizeiliche Übergriffe ist, daher  
9 werden wir weiterhin mit Nachdruck auf die Einführung von Polizeidentifikationsnummern in  
10 geschlossenen Einsätzen hinwirken.

11  
12 Doch auch andere Themenfelder spielen eine Rolle: Die Missachtung der Bürgerrechte, sowie das  
13 Verhalten und die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes wird von uns ebenfalls genauer beobachtet  
14 werden.

15  
16 Des Weiteren sind wir uns bewusst, dass auch jenseits des rechten Parteienspektrums  
17 Alltagsrassismus, Homo-, Bi-, Trans-, Inter-, Queer+phobie, Ableismus, Antisemitismus, Xenophobie  
18 und Islamophobie bis tief in den Kern der bürgerlichen Gesellschaft hineinwirken und ein Problem  
19 darstellen. Hier sehen wir unsere Aufgabe in der Beobachtung dieser Tendenzen und im Bereich der  
20 Aufklärung und Bekämpfung von populistischen Hetzparolen und menschenfeindlichen  
21 Vereinfachungen.

### 22 23 Landesarbeitskreis „Gleichstellung, Internationales und Netzpolitik“ (GIN)

24  
25 Der bisherige Landesarbeitskreis Gleichstellung und Zukunft verändert zur kommenden Legislatur  
26 seine inhaltliche Ausrichtung dahingehend, dass die Elemente hinter dem Namensbestandteil  
27 „Zukunft“, wie Mitgliederbetreuung aus dem Fokus des LAKs rücken. Die anderen inhaltlichen  
28 Elemente Gleichstellung, Internationales und Netzpolitik, werden im Gegenzug weiter gestärkt. Dies  
29 geht auch mit einer diesen Prozess verdeutlichenden Umbenennung des LAKs in LAK GIN einher.

#### 30 31 $\alpha$ ) Gleichstellung

32  
33 Der Landesarbeitskreis wird sich auch in der kommenden Legislatur weiterhin dem Themenkomplex  
34 innerverbandlicher und gesellschaftlicher Gleichstellung widmen. Dabei soll die Zusammenarbeit mit  
35 der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Frauen (AsF) sowie den Schwusos weiter  
36 intensiviert werden.

#### 37 38 $\beta$ ) Internationales

39  
40 Dem Thema Internationales soll in der nächsten Legislatur mehr Bedeutung beigemessen werden.  
41 Die Beschäftigung mit diesem Thema muss dabei über eine Beteiligung beim IUSY/ECOSY  
42 hinausgehen. In Zusammenarbeit mit anderen LAKs können hier aktuelle internationale  
43 Entwicklungen sowie grundlegende Fragestellungen behandelt werden. Durch diese stärkere  
44 Beachtung internationaler Themen wird ferner der Erfahrung Rechnung getragen, dass derartige  
45 Themen im Landesverband durchaus auf Interesse stoßen.

#### 46 47 $\chi$ ) Netzpolitik

48  
49 Unter anderem die NSA-Affäre hat gezeigt, dass auch unter den Jusos Bedarf einer stärkeren  
50 Befassung mit dem Thema Netzpolitik besteht. Die Jusos müssen sich der Herausforderung der  
51 Entwicklung einer netzpolitischen Strategie auf nationaler wie auf europäischer Ebene stellen, um  
52 besonders hier in die SPD hinein zu wirken. Fragen, die dabei die innere Sicherheit betreffen, werden  
53 in enger Zusammenarbeit mit dem LAK „gegen Rechtsextremismus“ behandelt.

54

## Antragsbereich A - Arbeitsprogramm

1 Jenseits des Aspekts der Datensicherheit wird der LAK GIN sich auch explizit mit der wichtigen  
2 Thematik der Netzneutralität beschäftigen, die nicht ökonomischen Vorteilen unterworfen werden  
3 darf. Im Bereich des Infrastrukturausbaus ist des Weiteren über eine Zusammenarbeit mit dem LAK  
4 ÖkÖk auf Grund profitabler Synergien nachzudenken.

### Landesarbeitskreis „Ökonomie und Ökologie“ (ÖkÖk)

9 Im Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie geht es nicht nur um die Bearbeitung klassischer  
10 Themen wie Haushaltspolitik, Arbeitsmarkt, Erneuerbare Energien oder Verkehr. Vielmehr müssen  
11 wir uns mit dem Zusammenspiel von sinnvoller Geldmittelverwendung und nachhaltigem  
12 Umweltschutz auseinandersetzen. Jedes gesellschaftliche Thema kann in diesen Dimensionen  
13 betrachtet werden, sodass sich für den Landesarbeitskreis ein breites Arbeitsspektrum ergibt.

15 Zum einen wird die Energiewende weiterhin Nährboden für wichtige Diskussionen bieten. Hierbei  
16 geht es um Netzausbau, Energiespeicherung, sichere Energieversorgung, Minimierung der  
17 Umweltschädigungen und Bezahlbarkeit von Strom und Gas.

19 Zum anderen müssen wir die politischen Entscheidungen der vergangenen Jahre beim Thema  
20 Verkehr evaluieren. Ist das Verkehrsnetz ausreichend ausgebaut und saniert? Haben die  
21 Umweltzonen ihren Zweck erfüllt? Wie stehen die Chancen für ein allgemeines Tempolimit?

23 Auch die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere die Einführung des Mindestlohns und  
24 das damit verbundene Umgehungspotenzial müssen wir im Auge behalten. Außerdem wird der  
25 Fachkräftemangel zu einer immer größeren Gefahr für den Wissensstandort Deutschland.

27 Im Bereich der Kommunalpolitik werden wir uns stärker mit Grundbedürfnissen wie bezahlbarem  
28 Wohnraum, Ärzteflucht und öffentlichem Nahverkehr beschäftigen müssen. Auch die andauernde  
29 Hilfeleistung für sozial Benachteiligte und Menschen in Armut muss trotz knapper Kassen  
30 gewährleistet sein.

32 Sicherlich werden wir uns auch Zeit nehmen müssen für große Themen wie einer grundlegenden  
33 Reform des deutschen Steuergesetzes oder der Europäischen Geldverteilungspolitik. Darüber hinaus  
34 sind wir als Landesarbeitskreis immer in der Pflicht, aktuelle Themen aufzugreifen und gute  
35 persönliche Kontakte zu Referent\*innen, Unternehmen oder NGOs zu nutzen.

### Arbeit der Juso-Hochschulgruppen

39 Die Juso-Hochschulgruppen des Landes setzen sich an den Hochschulstandorten für die Interessen  
40 der Studierenden ein. Wir sind offen für jede und jeden, die/der sich mit sozialdemokratischem und  
41 sozialistischem Grundverständnis in die Hochschulpolitik auf kommunaler, Landes- und Bundesebene  
42 einbringen will. Gerade jetzt, wo die Hochschulen massiv durch die Sparpläne der Landesregierung  
43 gefährdet sind, ist es wichtig, dass die Juso-Hochschulgruppen den Protest mitorganisieren und  
44 mitgestalten um für eine Ausfinanzierung der Hochschullandschaft einzustehen und eine  
45 Umstrukturierung zu verhindern, die nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten stattfindet. In unserer  
46 Arbeit an den Hochschulen gilt für uns als unverrückbare Maxime, die Standorte in Sachsen-Anhalt  
47 nicht durch Partikularinteressen gegeneinander ausspielen zu lassen.

### Juso – SchülerInnen

51 Die Juso SchülerInnen - Gruppe versteht sich als eine organisatorische Heimat für alle Schüler\*innen,  
52 die sich mit sozialdemokratischem Grundverständnis in die Schulpolitik und als Schüler\*innen in die  
53 Jusos einbringen wollen. Durch unsere Sitzungen möchten wir zur stärkeren Beschäftigung mit einem  
54 Thema aufrufen, um uns anschließend möglichst gemeinsam eine fundierte Meinung bilden zu



## Antragsbereich A - Arbeitsprogramm

1 können. Die Ergebnisse der Sitzungen sollen in Form von Pressemitteilungen und durch  
2 Internetpräsenz an die Öffentlichkeit gelangen.

3 Wir setzen uns bei unserer inhaltlichen Arbeit hauptsächlich mit bildungspolitischen Themen  
4 auseinander. Damit verbinden sich zukünftig folgende Schwerpunkte:

- 5 - Diskussion über neue Bildungsstandards und Bewertungssysteme
- 6 - intensive Auseinandersetzung mit alternativen Schul- und Lehrformen, insbesondere mit  
7 Blick auf unsere europäischen Nachbarn
- 8 - Einsetzen für das Zentralabitur, damit alle SchülerInnen nicht nur während ihrer Schulzeit,  
9 sondern auch danach die gleichen Chancen haben
- 10 - Kontakt mit dem Bundesverband der Juso – SchülerInnen und den anderen SchülerInnen  
11 - Landesverbänden soll weiter verstärkt werden
- 12 - Neumitgliedergewinnung ist nach wie vor ein zentraler Punkt unserer Arbeit
- 13 - kontinuierliche und aktive Teilnahme an Bundeskongressen und dessen Auswertung
- 14 - Vorträge und Seminare innerhalb der Juso-SchülerInnen-Sitzungen
- 15 - Aufbau einer Zusammenarbeit mit dem LAK BiSo in Bildungsfragen

### Regelmäßige Projekte des Landesverbandes:

#### Der Eierwurf

21 Unsere Verbandszeitschrift soll sowohl innerverbandlich als auch nach außen wirken. Mindestens ein  
22 gewähltes Vorstandsmitglied betreut den Eierwurf und holt sich dabei Hilfe vom erweiterten Vorstand  
23 und der Mitgliedschaft. Die Endredaktion übernimmt der gesamte Vorstand. Es wird angestrebt, dass  
24 alle Vorstandsmitglieder mindestens in jeder zweiten Ausgabe einen Artikel verfassen. Dies  
25 ermöglicht es den Mitgliedern auf dem neuesten Stand bezüglich der Zuständigkeiten und Aktivitäten  
26 des Landesvorstandes zu bleiben und ermöglicht eine Ausgewogenheit der Beiträge zum Eierwurf. In  
27 der kommenden Legislatur werden Feedback zum und Teilhabe am Eierwurf evaluiert und  
28 entschieden, wie das Projekt weiter geführt werden kann.

#### Tag der Kreis- und Stadtverbände

32 Beim Tag der Kreis- und Stadtverbände beschäftigen sich Landesvorstand und Landesausschuss  
33 gemeinsam mit den Kreis- und Stadtvorsitzenden langfristig und intensiv mit strategischer Personal-  
34 und Politikplanung des Landesverbandes. 2012 haben wir damit begonnen, eine Potentialanalyse zu  
35 machen. 2014 wurde der Tag genutzt, den Input für das vorliegende Arbeitsprogramm auf breite  
36 Füße zu stellen und sich dem der Europawahl intensiver zu befassen. Wir wollen mit diesem Format  
37 die Arbeit des Landesverbandes verbessern und ungenutzte Potentiale erkennen. Der offene und  
38 ehrliche Austausch über Inhalte und Personalien ist wichtig für eine gemeinsame Strategie auch in  
39 der SPD. Gemeinsam stärken wir den Juso-Landesverband.

41 Neben dem Input von Seiten des Vorstandes lebt der Eierwurf auch durch eine aktive Mitwirkung  
42 weiterer Mitglieder, die sich zum Beispiel durch das Verfassen von eigenen Beiträgen ebenfalls  
43 einbringen können und sollen. Es gilt daher ausdrücklich, dass der Eierwurf zwar u.a. über aktuelle  
44 Entwicklungen auf der Landesvorstandsebene informiert, jedoch mehr als bloßes Berichtsorgan sein  
45 soll.

#### Henner-Will-Preis

49 Seit zwei Jahren verleiht der Juso-Landesverband im Gedenken an den Genossen Henner Will  
50 (1983-2011) einen Preis für den unmittelbar wirksamen Einsatz von kreativen Juso-Projekten in den  
51 Kreis- und Stadtverbänden. Diese junge Tradition wird auch in den kommenden beiden Jahren  
52 fortgeführt.

54 Bewerbungen sind bis zum 31. Dezember eines jeweiligen Kalenderjahres an den Juso-  
55 Landesvorstand zu richten. Über die Preisverleihung entscheidet eine Jury, die sich aus der/dem

## Antragsbereich A - Arbeitsprogramm

1 Landesvorsitzenden, der/dem Landesausschussvorsitzenden, einem/einer hauptamtlichen  
2 Mitarbeiter\_in der SPD und einem Mitglied des Landtags zusammensetzt. Die Preisverleihung ist in  
3 Absprache zwischen ausgezeichnetem Verband und Jury presse- und öffentlichkeitsarbeitswirksam  
4 vorzunehmen.

5  
6 Der Henner-Will-Preis ist mit 100 € dotiert und versteht sich als Anschubfinanzierung für geplante,  
7 aber bei der Preisvergabe noch nicht realisierte Projekte oder für die Umsetzung neuer Ideen.  
8 Abstufungen sind möglich.

### 9 10 **Wir und die SPD**

11  
12 Wir Jusos Sachsen-Anhalt nehmen in vielen Bereichen sowohl innerparteilich als auch nach außen  
13 hin, insbesondere auf kommunaler Ebene, bereits politische Verantwortung wahr. Viele unserer  
14 Mitglieder sind zudem auch in ihren SPD-Gliederungen in handelnden Positionen. Dennoch sind wir  
15 auch ein politischer Jugendverband, dessen Ideen, Ziele und Ideale in Teilen über die der SPD  
16 hinaus weisen.

17  
18 An unsere Arbeit stellen wir den Anspruch der konstruktiven und gestalterischen Zusammenarbeit mit  
19 der SPD und ihren Arbeitsgemeinschaften. In der Vergangenheit haben wir auf Landesparteitagen  
20 und zum Beispiel beim Mitgliederentscheid zur Kennzeichnungspflicht in geschlossenen  
21 Polizeieinsätzen Einfluss auf die Programmatik der SPD ausüben können. Insbesondere bei der  
22 Ausgestaltung des Bildungs- und Wissenschaftssystems werden wir unsere aktive, innerparteiliche  
23 Rolle weiter wahrnehmen. Darüber hinaus, werden wir auch außerhalb der SPD mitgestalten.

24  
25 Neben diesen Handlungsfeldern werden wir in den kommenden Jahren eine sehr aktive Rolle im  
26 Prozess der Gestaltung eines Leitbildes einnehmen. Die Jusos in dieser Kommission sowie die  
27 gesamte Mitgliedschaft, werden in diesem Prozess nachhaltig Verantwortung übernehmen.

28  
29 Wir erkennen das Bedürfnis und die Notwendigkeit, Landesparteitage nicht wie  
30 Landesdelegiertenkonferenzen durchführen zu können an. Nicht verhandelbar sind für uns allerdings  
31 die vollständige Beratung und Beschlussfassung von und über gestellte Anträge. Die  
32 Beschlussfassung von Anträgen und die Durchführung satzungsgemäßer Wahlen sind für uns  
33 prioritär, alles andere ist dem unter zu ordnen.

34  
35 Im Vorfeld von Landesparteitagen ist der Juso-Landesverband vor zwei wesentliche Aufgaben  
36 gestellt: Es muss erstens entschieden werden, wie die Vertretung von Anträgen, die über die Juso-  
37 LDK zum Landesparteitag gelangen, koordiniert und strukturiert wird. Zweitens ist der Verband gut  
38 beraten, schon auf Landesdelegiertenkonferenzen im Hinterkopf zu behalten, dass die Geduld und  
39 Zuneigung von Delegierten auf Landesparteitagen Grenzen hat und dies beim Umfang des eigenen  
40 Antragspaketes bedacht sein will. Für personelle und inhaltliche Entscheidungen auf SPD-  
41 Landesparteitagen ist eine „Juso-Disziplin“ anzustreben.

### 42 43 **Zukunft der Bildungs- und Seminararbeit**

44  
45 Wir Jusos Sachsen-Anhalt verfolgen neben der aktiven Mitgestaltung der Arbeit der SPD und  
46 unserem gesellschaftlichen Wirken als politischer Jugendverband auch das Ziel, unseren Mitgliedern  
47 ein vielfältiges Angebot zur (politischen) Bildung zu unterbreiten. Dieses umfasst neben der mittelbar  
48 im Rahmen von in Sitzungen, Konferenzen und ähnlichen Formen gelebten, politischen und  
49 persönlichen Weiterentwicklung außerdem auch Angebote, deren Fokus auf dem Aspekt der  
50 insbesondere thematisch orientierten Bildung liegt. Neben mehrtägigen Seminaren, welche bereits  
51 Bestandteil unserer Arbeit sind, könnten hierbei auch andere Veranstaltungsformate, die eine  
52 inhaltliche und strukturelle Ergänzung zu diesem bestehenden Format darstellen, weiter ins Zentrum  
53 rücken.

## Antragsbereich A - Arbeitsprogramm

1 Ziel unserer Arbeit als Jusos Sachsen-Anhalt ist es, die Bildungs- und Seminararbeit weiter zu  
2 verstetigen sowie eine qualitativ und quantitativ einem politischen Jugendverband unserer Struktur  
3 angemessene Ausgestaltung zu realisieren. Da wir als kleiner Verband von einer aktiven  
4 Zusammenarbeit mit der Bundesebene der Jusos profitieren und die Möglichkeiten für Synergien im  
5 Bereich der Bildungsarbeit zwingend vorhanden sind, muss unsere Arbeit in diesem Bereich weiterhin  
6 im Kontext des Angebotes der Bundesebene gedacht und entwickelt werden.

7  
8 Wir als Juso-Landesverband Sachsen-Anhalt tragen die Ideen und Zielstellungen für eine  
9 Weiterentwicklung unseres Bildungsangebotes gemeinsam. Seminarideen für eine lebendige  
10 Bildungsarbeit müssen daher ihren Ursprung auch in der Mitgliedschaft haben – und der  
11 Landesvorstand sowie die Landesarbeitskreise sind zur Hilfestellung bei der Realisierung verpflichtet.

### **Wir und die Bundesjusos**

12  
13  
14  
15  
16 Die Jusos Sachsen-Anhalt sind Teil des Juso-Bundesverbandes und haben in den letzten Jahren  
17 eine aktive und wahrnehmbare Rolle auf Juso-Bundesebene gespielt. Dies wollen wir fortsetzen und  
18 ausbauen.

19  
20 Die Arbeit im Bundesausschuss läuft konstruktiv und mit Kontinuität. Wir haben uns in der  
21 Vergangenheit aktiv dafür eingesetzt, dieses Gremium weiter zu entwickeln, und werden auch  
22 weiterhin einen starken Bundesausschuss einfordern. Der/Die Bundesausschussvertreter\_in berichtet  
23 dem Verband über die Sitzungen mittels Mitgliederbrief und/oder im Eierwurf.

24  
25 Bei Juso-Bundeskongressen sind die Jusos Sachsen-Anhalt in den vergangenen Jahren ebenfalls  
26 deutlich sichtbarer geworden. Wir veranstalten Delegiertenvorbesprechungen und geben den  
27 Kandidierenden die Möglichkeit, sich vorzustellen. Wir stimmen uns vorher in breiter Debatte über  
28 unsere priorisierten Anträge ab. Wir wollen in Zukunft die Delegationsleitung früher bestimmen. Wir  
29 wollen interessierte Jusos, die keine Delegierten sind, mit in die Vorbereitung des Bundeskongresses  
30 (bei der Antragsberatung) und in die Durchführung einbeziehen.

31  
32 Die Mitwirkung in den Perspektivprojekten wird von unseren drei Delegierten engagiert  
33 wahrgenommen und so auch für inhaltlichen Input für unseren Landesverband genutzt. Hier nehmen  
34 wir uns gemeinsam vor, die Anregungen aus den Perspektivprojekten noch stärker in unsere Arbeit  
35 einzubinden und diese Wissensweitergabe auch von den Delegierten stärker einzufordern.

### **Unser Selbstverständnis: Strömungsdebatte anstoßen**

36  
37  
38  
39 Die Jusos Sachsen-Anhalt haben sich auf der LDK 2011 und 2012 zur Strömungsneutralität bekannt.  
40 Diese Grundhaltung der Jusos Sachsen-Anhalt ist in Abgrenzung zu einer Außenwahrnehmung  
41 entstanden, in der wir einseitig einer Strömung zugeordnet wurden. Daher war die  
42 Strömungsneutralität wichtig, um unseren Landesverband auf Bundesebene aus dieser  
43 ungerechtfertigten Ecke herauszuholen und unseren Ruf in ein anderes Licht zu rücken. Wir haben es  
44 mit Hilfe vieler Engagierter in den vergangenen Jahren geschafft, dass sich der Landesverband  
45 Sachsen-Anhalt auf der Bundesebene eigenständig darstellt, sich aus Strömungsdebatten heraushält  
46 und trotzdem mit den Vertreter\*innen der Strömungen auf Bundesebene gute Kontakte pflegen kann.  
47 Die Strömungsneutralität für den Landesverband schließt natürlich nicht aus, dass einzelne Jusos  
48 unseres Landesverbandes Strömungen nahe stehen oder wir einzelne Anträge unterstützen, die einer  
49 Strömung zugeordnet werden können. Dies geschieht auch vermehrt. Die  
50 Landesdelegiertenkonferenz beauftragt daher Bundesausschuss und Landesvorstand, im Verlauf des  
51 ersten Jahres nach der LDK (und nach Ablauf des BuKo 2014) eine die Mitgliedschaft breit  
52 einbindende Strategiedebatte einzuleiten, in deren Verlauf die oberhalb umrissene  
53 Bestandsaufnahme auf den Prüfstand gestellt wird. Zu fragen ist dann unter anderem: Welche Jusos  
54 im Verband fühlen sich zu einer Strömung hingezogen? Wer interpretiert sich als „neutral“? Welche  
55 Vorteile und Nachteile hat welche Ausrichtung? Es ist das Recht jeder Juso-Generation, diese Fragen

## Antragsbereich A - Arbeitsprogramm

1 neu zu stellen und entweder zu denselben oder anderen Ergebnissen zu kommen als beispielsweise  
2 vier Jahre zuvor.

3  
4 Insgesamt gilt: alle Jusos, die sich auf der Bundesebene einbringen wollen, sind herzlich willkommen  
5 und werden vom Landesvorstand unterstützt. Wir erwarten von ihnen eine Rückkopplung in den  
6 Landesverband. Nur mit vielen aktiven Gesichtern aus Sachsen-Anhalt auf der Bundesebene haben  
7 wir die Chancen, auch weiterhin in den Bundesgremien stark vertreten zu sein. Möglichkeiten gibt es  
8 viele, sei es in gewählten Funktionen, als Delegierte bei Kongressen oder Verbandstagen oder als  
9 Teilnehmende bei Konferenzen oder internationalen Veranstaltungen. Wir sollten diese in den  
10 kommenden Jahren verstärkt nutzen!

### Beteiligung erhöhen

11  
12  
13  
14  
15 Um die Beteiligung an Veranstaltungen und in Gremien zu erhöhen, wird auf günstige  
16 Rahmenbedingungen geachtet. Hier zu nennen ist die langfristige Einladung. Dabei sollte eine  
17 Terminierungsschiene von 4 Wochen im Voraus angestrebt werden und weniger als 2 Wochen als  
18 Einladungsfrist gelten (ausgenommen sind Demonstrationen und andere nur kurzfristig planbare  
19 Aktivitäten). Außerdem wird die Bündelung von Terminen angestrebt.

### Zusammenarbeit mit anderen Jugendorganisationen

20  
21  
22  
23 Nachdem in der vergangenen Legislatur deutlich wurde, dass das Projekt eines gemeinsamen Rings  
24 politischer Jugend (RPJ) auf der Landesebene in Sachsen-Anhalt aufgrund einzelner potenzieller  
25 Mitglieder voraussichtlich nicht realisierbar sein wird, verlagern wir unsere bisherigen, dahingehenden  
26 Aktivitäten nun verstärkt auf die Zusammenarbeit mit den an dieser interessierten politischen  
27 Jugendorganisationen. Der Landesvorstand übernimmt hierbei die Federführung. Neben der  
28 Zusammenarbeit mit parteipolitischen Jugendverbänden arbeiten wir auch zukünftig mit  
29 Jugendverbänden von Gewerkschaften und weiteren Vorfeldorganisationen zusammen.

### Wir und der internationale Austausch

30  
31  
32  
33 Wie auch in den vergangenen Jahren wollen wir uns zukünftig weiterhin an Möglichkeiten des  
34 internationalen Austauschs mit anderen sozialistischen/sozialdemokratischen Jugendorganisationen,  
35 wie z.B. beim IUSY, beteiligen. Die bisher durch unsere Teilnehmenden gemachten Erfahrungen  
36 waren durchweg positiv und prägend. Neben wichtigen Aspekten des internationalen Austausches  
37 selbst, konnten im Rahmen dieser Veranstaltungen auch die Vernetzungen zu anderen Verbänden  
38 ausgebaut werden. Insofern ist das gestiegene Interesse an internationaler Vernetzung ausdrücklich  
39 zu begrüßen. Auch zukünftig möchten wir diesen Austausch nicht exklusiv gestalten und versuchen  
40 daher, nur einen angemessenen Teil der Kosten auf die Teilnehmenden direkt umzulegen.

### **3. Teil: Future**

41  
42  
43  
44 In den zweiten Teil der anstehenden Legislaturperiode fallen inhaltliche und personelle Vorbereitung  
45 auf sowie der Wahlkampf für die Landtagswahl 2016. Unsere Ziele dafür lassen sich in zwei  
46 Forderungen zusammenfassen: Wir wollen die Koalitionsregierung in der bisherigen Konstellation  
47 nach dann zehn Jahren unter zwei CDU-Ministerpräsidenten nicht fortführen. Wir wollen die  
48 Staatskanzlei erobern und erreichen, dass an der Wahlhandlung nach Artikel 65 der  
49 Landesverfassung drei aktive Jusos als Mitwirkende teilnehmen.

50  
51 In diesen Prozess sollten wir nicht blauäugig gehen: Die Erfahrungen der letzten Jahre lehren uns,  
52 dass in der SPD derzeit allzu oft die Angst vor der eigenen Courage eine gewichtige Rolle spielt. Auf  
53 Listenparteitagen wird um Listenplätze heftig gerangelt, weil kaum noch jemand ernsthaft an  
54 Direktmandate glaubt und damit eigentlich auch „echte“ Wahlsiege abschreibt. Wir sind als SPD-  
55 Nachwuchsorganisation im strategischen Dilemma gefangen, Jugendorganisation einer sehr oft

## Antragsbereich A - Arbeitsprogramm

1 penibel auf die Außenwirkung und Konsistenz ihres Handelns achtenden Landespartei zu sein, im  
2 Selbstanspruch aber mehr zu sein als der verlängerte Arm einer Parlamentsfraktion und/oder von  
3 SPD-Kabinettsmitgliedern.

4  
5 Wir Jusos vertreten seit Jahren die Meinung, dass diese Gemengelage durch die weitgehende  
6 Personalunionen zwischen Fraktions- und Parteiämtern eher erschwert als erleichtert wird. Daher  
7 bekennen wir uns auch weiterhin zu unserer Forderung nach einer Ehrenamtsquote von 40 Prozent.  
8 Partei und Fraktion dürfen sich durchaus auch einmal im Widerspruch befinden. Keinesfalls  
9 akzeptabel und besonders misslich sind Situationen, in denen die Landespartei dem Handeln und  
10 Agieren der Landtagsfraktion nur noch hinterherhechelt. Um derlei Konstellationen zu vermeiden, sind  
11 lückenlose Information und weitgehende Einbindung der Partei, ihrer Gliederungen und Gremien über  
12 „Fraktionskanäle“ hinaus unabdingbar.

13  
14 In unserer Arbeit der vergangenen Jahren wurde immer wieder augenfällig, dass jede Strukturdebatte  
15 im Grunde Kürzungsdebatte war, weil die öffentlichen Haushalte – in Anbetracht der gesetzlichen,  
16 erst recht im Vergleich zu wünschenswerten Aufgaben und Verpflichtungen – unterfinanziert sind.  
17 Diesen Fakt hebt unsere Programmatik seit längerem hervor.

18  
19 Die SPD hat daher mit großer Berechtigung im Bundestagswahlkampf 2013 die Erhöhung von  
20 Steuern für Besserverdienende gefordert, dieses Projekt aber im Zuge der Koalitionsbildung leider  
21 aus den Augen verloren.

22  
23 Wir meinen: Ob bei Bildung, Kinderbetreuung, Schule und Ausbildung, Wissenschaft, Kultur, innerer  
24 Sicherheit, Verkehr oder Infrastruktur - Personal- und Sachkosten werden auch in Zukunft nicht  
25 sinken können, sofern nicht Personal im öffentlichen Dienst „eingespart“ oder "abgebaut" wird.

26  
27 Wir wollen, dass die öffentliche Hand ihre Aufgaben mindestens im bisherigen Umfang wahrnimmt  
28 und bekennen uns daher zur Forderung, dass dafür die finanziellen Grundlagen in erweitertem  
29 Umfang zur Verfügung stehen müssen. Um dazu beitragen zu können, dass auch in der  
30 Bundespolitik die bisherige Politik des kleinstmöglichen Kompromisses ad acta gelegt werden kann,  
31 erheben wir den langfristigen Anspruch, mit Blick auf 2017 zwei aktive Jusos zu finden, die in  
32 sachsen-anhaltischen Wahlkreisen aussichtsreich ins Rennen um ein Bundestagsmandat gehen.

33 Wir Jusos wollen aber unabhängig von Wahlen weiterhin bestimmende Kraft von Politik in Sachsen-  
34 Anhalt bleiben und unsere bisherige Stellung sogar ausbauen: in den Ortsvereinen, in den Kreis- und  
35 Stadtverbänden, in den kommunalen Parlamenten, in Vereinen, lokalen Bündnissen und  
36 Bürger\*inneninitiativen, im SPD-Landesverband und ganz besonders im konkreten täglichen  
37 Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern.

38  
39 Für diesen Selbstanspruch genügt es nicht, bei der Abstimmung über dieses Arbeitsprogramm  
40 einfach die Hand für eine Zustimmung zu heben und dann zwei Jahre nichts mehr vom Beschluss  
41 wissen zu wollen. Es braucht Engagement, Leidenschaft, Herzblut, langen Atem und vor allen Dingen  
42 unbeirrbaren Willen, um unsere gemeinsamen Ziele nach und nach Realität werden zu lassen.

43 In jedem Gremium, in jeder Versammlung, bei jeder öffentlichen Debatte und Veranstaltung wird  
44 gerade DEIN Einsatz dringender gebraucht denn je. Wir wollen, dass jungsozialistische Politik in  
45 Sachsen-Anhalt stilbildend wird und bleibt. Sei dabei, wenn wir für unsere Ideale Freiheit,  
46 Gerechtigkeit und Solidarität nicht nur „links“ blinken, sondern auch aktiv für die konkrete Umsetzung  
47 eintreten – mit dem Slogan: Unser Weg zur Freiheit: „Bitte links!“

1 Beschluss: B2

2  
3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion  
4  
5

6 **Freiwerdende BAföG-Mittel in Hochschulfinanzierung lenken**

7  
8 Die ab dem Jahr 2015 für das Land Sachsen-Anhalt frei werdenden Mittel aus der  
9 Bundesausbildungsförderung in Höhe von ca. 30 Millionen Euro, die ab diesem Zeitpunkt komplett  
10 von der Bundesregierung getragen werden wird, sollen ohne Ausnahme in der Hochschulfinanzierung  
11 und in den Studentenwerken Verwendung finden.  
12

13 Die frei werdenden BAföG-Mittel für Studierende sowie Schüler\*innen sollen auch in Zukunft  
14 paritätisch verteilt werden. Über die direkte und indirekte Bildungsfinanzierung sollen die bisher an  
15 Studierende ausbezahlten Mittel in die Hochschulen und Studentenwerke fließen. Der Umfang der  
16 Finanzmittel, die bisher an Schüler\*innen ausbezahlt worden sind, soll entsprechend seinem  
17 bisherigen Anteil an der Finanzierung des Schüler-BAföGs in die Finanzierung öffentlicher Schulen  
18 gelenkt werden.  
19

20  
21 **Begründung:**

22  
23 Ab dem 01.01.2015 wird die Bundesausbildungsförderung von der Bundesregierung zu 100 Prozent  
24 übernommen. Den Bundesländern stehen somit die freiwerdenden Finanzmittel, die bisher durch die  
25 Länder getragenen 35 Prozent, zur freien Verfügung. Zwar besteht die Aufforderung durch das  
26 Bundesbildungs- und Bundesfinanzministerium diese Mittel zur Bildungsförderung zu verwenden  
27 doch eine zweckgebundene Verwendung ist nicht implementierbar.  
28

29 Dem Land Sachsen-Anhalt stehen durch diese Maßnahme ca. 30 Millionen Euro im Jahr mehr zur  
30 Verfügung. Da Bildung und Qualifikation in jeder Form die entscheidende Ressource einer  
31 Dienstleistungs- und Industriegesellschaft ist und dies insbesondere für strukturschwache Regionen  
32 gilt, sollen die Mittel nicht zur Haushalts- oder Pensionsfondssanierung verwendet werden. Den  
33 Hochschulen könnte so trotz der Vereinbarung zur landesweiten Budgetabsenkung von 1,5 Prozent,  
34 die in allen Hochschulen 4,8 Millionen Euro umfasst, finanziell Luft verschafft werden.  
35

36 Es ist zukunftsweisender und nachhaltiger die frei werdenden Mittel den finanziell gebeutelten  
37 Hochschulen zur Ausfinanzierung zur Verfügung zu stellen und somit ein Signal für den  
38 Bildungsstandort Sachsen-Anhalt zu setzen. Neben der direkten Hochschulfinanzierung dürfen auch  
39 die Studentenwerke nicht vergessen werden. Als sozialdemokratische Partei müssen wir die  
40 Studentenwerke in ihrem sozialen Auftrag unterstützen, die bei angemessener Finanzierung einen  
41 entscheidenden Beitrag zur Erhöhung der Chancengleichheit im Studium leisten können.  
42

43 Soziale Politik soll dem Anspruch und den Bemühungen einer paritätischen Verteilung gerecht  
44 werden. Deswegen sollen die Finanzmittel unabhängig ihres Umfangs ebenso anteilig in die  
45 Schulfinanzierung geleitet werden. Nicht zuletzt weil das Schulsystem einen Grundstein des  
46 Bildungssystems darstellt.  
47

1 Beschluss: B4  
2  
3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion  
4

5  
6 **Hochschulen entwickeln statt abwickeln**

7  
8 *Die Jusos Sachsen-Anhalt halten fest:*  
9

10 Die Bedeutung der Hochschulen für Sachsen-Anhalt ist unbestreitbar immens. Sie bieten eine  
11 Vielzahl von Studiengängen, eine vielfältige Forschung und eine kulturelle Vielfalt in Sachsen-Anhalt.  
12 Die Hochschulen sind darüber hinaus große Wirtschaftsfaktoren für Sachsen-Anhalt und garantieren  
13 tausende von Arbeitsplätzen.  
14

15 Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat daher in Fortschreibung des Koalitionsvertrages im Juli 2013  
16 beschlossen, inhaltliche Fragen der Hochschulentwicklung vor Finanzierungsfragen und bestimmte  
17 Einsparziele zu stellen. Der Landtag wie die SPD Sachsen-Anhalt haben sich eindeutig gegen einen  
18 Abbau von Studienplätzen ausgesprochen.  
19

20 Strukturelle Defizite, globale Minderausgaben, die nur zu 90 Prozent erfolgende Übernahme von  
21 Tarifsteigerungen durch das Land und ein fehlender Inflationsausgleich gefährden die Budgets der  
22 Hochschulen um ca. 15 Prozent. Die aktuellen Pläne der Landesregierung zur weiteren Finanzierung  
23 der Hochschulen bedeuten einen Wegfall von mindestens 3.000 kapazitätsbezogenen  
24 Studienplätzen, mit weitreichenden finanziellen, wirtschaftlichen und bildungspolitischen Folgen für  
25 das Land.  
26

27 *Vielfalt erhalten! Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern im Allgemeinen:*  
28

29 Die Jusos Sachsen-Anhalt bekräftigen das Ziel, die Hochschulen in Sachsen-Anhalt in ihrer Vielfalt zu  
30 erhalten. Wir begrüßen grundsätzlich die Einigung der Großen Koalition, mehr Geld in Hochschulen  
31 und Bildung zu investieren. Wir bemängeln jedoch, dass die Bestimmung der Höhe und die  
32 Verwendung der Mittel weder nach Bedarf, noch nach sonstigen fachlichen Bewertungen erfolgt ist.  
33

34 Der Einstieg des Bundes in die Hochschulfinanzierung schafft für die Länder dringend benötigten  
35 Spielraum zur Erhaltung der vielfältigen Hochschullandschaft. Wir fordern, dass alle Bundesmittel aus  
36

- 37     α. der Übernahme des BAföG für Studierende durch den Bund ab 2015,  
38     β. der Fortführung des Hochschulpaktes,  
39     γ. der Fortführung des Paktes für Forschung und Innovation,  
40     δ. der Exzellenzinitiative

41  
42 und weitere durch die Aufhebung des Kooperationsverbotes zu erwartende Bundesmittel für die  
43 Hochschulen vollständig im Wissenschaftshaushalt verbleiben und den Hochschulen, den  
44 Studentenwerken, den Studierenden und den Beschäftigten zu Gute kommen.  
45

46 *Darüber hinaus fordern wir im Einzelnen:*  
47

- 48 • Das Land sorgt für die Auflösung der strukturellen Unterfinanzierung der Hochschulen und  
49 einen dauerhaften und dynamischen Aufwuchs in der Grundfinanzierung. Die zugesagten  
50 zusätzlichen Bundesmittel (BAföG-Übernahme durch den Bund, Fortschreibung des  
51 Hochschulpaktes, Pakt für Forschung und Innovation und Exzellenzinitiative) verbleiben im  
52 Wissenschaftshaushalt ohne Kürzung der Landesmittel unter das Niveau von 2014.
- 53 • Mit den zusätzlichen Mitteln werden die Defizite der Hochschulen ausgeglichen, alle  
54 Beschäftigten der Hochschulen angemessen bezahlt, angemessene Arbeitsbedingungen für  
55 die Angehörigen der Hochschule geschaffen, zusätzliches Lehrpersonal eingestellt, welches

1 der tatsächlichen Auslastung der Studiengänge gerecht wird, und die weitere Qualifikation des  
2 wissenschaftlichen Nachwuchses (Promotion, Habilitation) ermöglicht. Dazu gehört auch die  
3 die 100-prozentige Finanzierung von Tarifsteigerungen durch das Land gemäß  
4 Koalitionsvertrag.

- 5 • Das Land Sachsen-Anhalt finanziert weiterhin aus eigenen Mitteln 34.000 kapazitätsbezogene  
6 Studienplätzen vollständig aus, ohne dafür die zusätzlichen Bundesmittel für  
7 Hochschulbildung und Forschung einzusetzen.
- 8 • Das Land Sachsen-Anhalt schafft und sichert die Bedingungen für den Erhalt der  
9 Gesamtanzahl der Studierenden im Land auf dem aktuellen Niveau, um der Bedeutung der  
10 Hochschulstandorte für die demografische Entwicklung des Landes und für die wirtschaftliche  
11 Entwicklung der betreffenden Regionen (Saale-Unstrut, Harz, Börde-Altmark und Anhalt)  
12 gerecht zu werden. Damit die einzelnen Standorte nicht weiter gegeneinander ausgespielt  
13 werden können, wird das bisherige Verhältnis der einzelnen Budgets der Hochschulen  
14 zueinander beibehalten.
- 15 • Das Land Sachsen-Anhalt schafft die Voraussetzungen für eine mittelfristig an allen  
16 Standorten zu führende gründliche, ergebnisoffene Strukturdebatte auf Basis inhaltlicher  
17 Kriterien unter gleichberechtigter Beteiligung aller Statusgruppen. Dafür ist ein verbindlicher  
18 Zeitplan vorzulegen, der die beschlossene Einbeziehung aller Statusgruppen angemessen  
19 berücksichtigt. Dies setzt deutlich längere Fristen als die bisher vorgeschlagenen voraus. Das  
20 Land nimmt Abstand von Schließungsabsichten, die sich finanziell aus der „Situation der Zeit“  
21 ergeben, weil gerade Professuren altersbedingt frei werden.
- 22 • Das Land Sachsen-Anhalt schafft die Voraussetzungen für eine fachliche,  
23 standortübergreifende Diskussion über die zukünftigen Profile und Strukturen der  
24 Hochschulen in Sachsen-Anhalt mit dem Ziel, das Hochschulsystem auf die Anforderungen  
25 einer modernen Lehre und Forschung im 21. Jahrhundert einzustellen, unter  
26 gleichberechtigter Einbeziehung aller Statusgruppen der Hochschulen, Vertreter\*innen der  
27 Landtagsfraktionen, von Forschungsinstituten und -gemeinschaften, der regionalen Wirtschaft,  
28 der Gewerkschaften und sonstigen mit dem Hochschulsystem verbundenen  
29 Interessenvertretungen.
- 30 • Die Landeszuschüsse der Studentenwerke werden auf dem Niveau des Haushaltes für 2013  
31 fortgeschrieben, damit die Studentenwerke ihren per Gesetz gemeinnützigen und sozialen  
32 Aufgaben auch weiterhin nachkommen können.

33  
34  
35 **Begründung:**

36  
37 Siehe Stellungnahme der Jusos und Juso-Hochschulgruppe Halle (Saale) zur Hochschulentwicklung  
38 in Sachsen-Anhalt.

39  
40  
41  
42 **Beschluss:** B5

43  
44 **Weiterleitung an:** SPD-Landtagsfraktion

45  
46  
47 **Hochschulen besser über Möglichkeiten der Einwerbung von EU-Fördermitteln informieren**

48  
49 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert zu prüfen, ob die bestehenden Möglichkeiten von  
50 potentiellen Empfänger\*innen, wie z.B. sachsen-anhaltischen Hochschulen und Forscher\*innen sich  
51 über das Einwerben von EU-Fördermitteln zu informieren, ausreichend sind. Bei Bedarf sollte ein  
52 Konzept entwickelt werden, wie Fördermittel besser eingeworben werden können. Eventuelle  
53 anfallende Kofinanzierungskosten sind durch das Land zusätzlich aufzubringen und nicht aus den  
54 bestehenden Hochschuletats zu entnehmen.



1  
2 **Begründung:**  
3

4 Bundesweit wächst die Zahl an Drittmitteln an den Hochschulen. Dabei spielen EU-Fördermittel eine  
5 wesentliche Rolle. So warb Baden-Württemberg im Rahmen des 6. EU-Forschungs-  
6 Rahmenprogramms Mittel in Höhe von 225 Millionen Euro ein, während Sachsen-Anhalt daraus nur  
7 6,5 Millionen einwirbt. Insbesondere im Hinblick auf die Kürzungsdebatte im Land gilt es, finanzielle  
8 Möglichkeiten auszuschöpfen. Den Hochschulen, wie auch anderen potenziellen  
9 Fördermittelempfänger, sollten mehr Informationen zukommen, wie Fördermittel bestmöglich  
10 beantragt werden können und wo zusätzliches Einwerbungspotenzial besteht.  
11

---

12  
13  
14 **Beschluss:** B6

15  
16 **Weiterleitung an:** SPD-Landtagsfraktion; SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-  
17 Landtagsfraktion  
18

19  
20 **Besserer Schutz vor Diskriminierung an den Hochschulen. Zugang für Studierende zu den**  
21 **Gleichstellungsbeauftragten sichern**

22  
23 Das Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt ist dahingehend zu ändern, dass die  
24 Gleichstellungsbeauftragten für alle Angehörigen der Hochschulen, die keine Beschäftigten sind,  
25 zuständig und ansprechbar sind, somit auch für Studierende. Weiterhin ist das Gesetz so  
26 anzupassen, dass das Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auch für alle Angehörigen  
27 der Hochschulen, die keine Beschäftigten sind, anwendbar ist. Die Gleichstellungsbeauftragten sind  
28 entsprechend ihrer damit wachsenden Aufgaben durch das Land mit Ressourcen auszustatten.  
29

30 *Im Einzelnen fordern wir:*  
31

32 Es ist ein weiterer Absatz in § 72 HSG LSA (Gleichstellungsbeauftragte) aufzunehmen, der die  
33 wesentlichen Schutzrechte des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auch für alle  
34 Angehörigen der Hochschulen, die keine Beschäftigten sind, öffnet. Es sind mindestens jene Rechte  
35 einzuräumen, die das Hochschulgesetz des Landes Niedersachsen in § 42 Abs. 6 den Studierenden  
36 sichert. Dies sind im Einzelnen die Anwendung von § 3 Abs. 4 sowie die §§ 7, 12 und 13 des  
37 Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG).  
38

39 Der Gesetzgeber prüft, inwieweit der Vielfalt der Geschlechter bei Zugang und Wahl der  
40 Gleichstellungsbeauftragten Rechnung getragen wird, und nimmt ggf. entsprechende Regelungen  
41 vor.  
42

43  
44 **Begründung:**  
45

46 Studierende sind ebenso wie Mitarbeiter\*innen in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis zu  
47 prüfenden Personen. Jedoch werden sie nicht durch das Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes  
48 (AGG) und die Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen geschützt. Studierende, die Opfer von  
49 sexuellen Belästigungen und Übergriffen werden, sind bisher mangelhaft geschützt und haben  
50 keinerlei institutionelle Ansprechpartner\*innen. Dies ist dringend zu ändern.  
51

52 **Hinweis:**  
53

## Antragsbereich B – Bildung und Wissenschaft

1 In § 3 Abs. 4 sowie die §§ 7, 12 und 13 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) ist  
2 folgendes geregelt.

### 3 4 § 3 Begriffsbestimmungen

5  
6 (4) Eine sexuelle Belästigung ist eine Benachteiligung in Bezug auf § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 4, wenn ein  
7 unerwünschtes, sexuell bestimmtes Verhalten, wozu auch unerwünschte sexuelle Handlungen und  
8 Aufforderungen zu diesen, sexuell bestimmte körperliche Berührungen, Bemerkungen sexuellen  
9 Inhalts sowie unerwünschtes Zeigen und sichtbares Anbringen von pornographischen Darstellungen  
10 gehören, bezweckt oder bewirkt, dass die Würde der betreffenden Person verletzt wird, insbesondere  
11 wenn ein von Einschüchterungen, Anfeindungen, Erniedrigungen, Entwürdigungen oder  
12 Beleidigungen gekennzeichnetes Umfeld geschaffen wird.

### 13 14 § 7 Benachteiligungsverbot

15  
16 (1) Beschäftigte dürfen nicht wegen eines in § 1 genannten Grundes benachteiligt werden; dies gilt  
17 auch, wenn die Person, die die Benachteiligung begeht, das Vorliegen eines in § 1 genannten  
18 Grundes bei der Benachteiligung nur annimmt.

19 (2) Bestimmungen in Vereinbarungen, die gegen das Benachteiligungsverbot des Absatzes 1  
20 verstoßen, sind unwirksam.

21 (3) Eine Benachteiligung nach Absatz 1 durch Arbeitgeber oder Beschäftigte ist eine Verletzung  
22 vertraglicher Pflichten.

### 23 24 § 12 Maßnahmen und Pflichten des Arbeitgebers

25  
26 (1) Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz vor Benachteiligungen  
27 wegen eines in § 1 genannten Grundes zu treffen. Dieser Schutz umfasst auch vorbeugende  
28 Maßnahmen.

29 (2) Der Arbeitgeber soll in geeigneter Art und Weise, insbesondere im Rahmen der beruflichen Aus-  
30 und Fortbildung, auf die Unzulässigkeit solcher Benachteiligungen hinweisen und darauf hinwirken,  
31 dass diese unterbleiben. Hat der Arbeitgeber seine Beschäftigten in geeigneter Weise zum Zwecke  
32 der Verhinderung von Benachteiligung geschult, gilt dies als Erfüllung seiner Pflichten nach Absatz 1.

33 (3) Verstoßen Beschäftigte gegen das Benachteiligungsverbot des § 7 Abs. 1, so hat der Arbeitgeber  
34 die im Einzelfall geeigneten, erforderlichen und angemessenen Maßnahmen zur Unterbindung der  
35 Benachteiligung wie Abmahnung, Umsetzung, Versetzung oder Kündigung zu ergreifen.

36 (4) Werden Beschäftigte bei der Ausübung ihrer Tätigkeit durch Dritte nach § 7 Abs. 1 benachteiligt,  
37 so hat der Arbeitgeber die im Einzelfall geeigneten, erforderlichen und angemessenen Maßnahmen  
38 zum Schutz der Beschäftigten zu ergreifen.

39 (5) Dieses Gesetz und § 61b des Arbeitsgerichtsgesetzes sowie Informationen über die für die  
40 Behandlung von Beschwerden nach § 13 zuständigen Stellen sind im Betrieb oder in der Dienststelle  
41 bekannt zu machen. Die Bekanntmachung kann durch Aushang oder Auslegung an geeigneter Stelle  
42 oder den Einsatz der im Betrieb oder der Dienststelle üblichen Informations- und  
43 Kommunikationstechnik erfolgen.

### 44 45 § 13 Beschwerderecht

46  
47 (1) Die Beschäftigten haben das Recht, sich bei den zuständigen Stellen des Betriebs, des  
48 Unternehmens oder der Dienststelle zu beschweren, wenn sie sich im Zusammenhang mit ihrem  
49 Beschäftigungsverhältnis vom Arbeitgeber, von Vorgesetzten, anderen Beschäftigten oder Dritten  
50 wegen eines in § 1 genannten Grundes benachteiligt fühlen. Die Beschwerde ist zu prüfen und das  
51 Ergebnis der oder dem beschwerdeführenden Beschäftigten mitzuteilen.

52 (2) Die Rechte der Arbeitnehmervertretungen bleiben unberührt.

1 Beschluss: C1

2

3 Weiterleitung an: Landtagsfraktion, Landesparteitag

4

5

6

### **Meldepflicht für Zivilbeamte auf Demonstrationen**

7

8 Wir fordern die Landesregierung auf, den Paragraphen 12 des Versammlungsgesetz des Bundes:  
9 „Werden Polizeibeamte in eine öffentliche Versammlung entsandt, so haben sie sich dem Leiter zu  
10 erkennen zu geben. Es muss ihnen ein angemessener Platz eingeräumt werden.“ in das  
11 Versammlungsgesetz Sachsen-Anhalts einzufügen.

12

#### **Begründung:**

13

14 Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit soll soweit wie möglich frei von staatlichem Einfluss  
15 bleiben. Ferner soll die jederzeitige Unterscheidbarkeit von Versammlungsteilnehmer\_innen und  
16 Polizeibeamte\_innen sichergestellt werden, wie es die einschlägige Rechtsprechung vorsieht.

17

18

19

20

21

Beschluss: C2

22

23

Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion, Juso-Bundeskongress

24

25

26

### **Keine Zusammenarbeit mit der Clausewitz-Gesellschaft**

27

28 Wir fordern die Bundeswehr und alle anderen staatlichen Institutionen und Parteien auf, die  
29 Clausewitz-Gesellschaft nicht mehr zu unterstützen, bzw. sie nicht als Diskussionspartner bei  
30 verteidigungspolitischen Fachdiskussionen u.ä. einzuladen.

31

#### **Begründung:**

32

33 Die Clausewitz-Gesellschaft sieht sich als Verein ehemaliger und aktiver Offiziere der das geistige  
34 Erbe des deutschen Generalstabes zu bewahren versucht und sich kritisch mit den strategischen und  
35 sicherheitspolitischen Fragen unserer Zeit auseinander setzt.

36

37 Der Generalstab gab völkerrechtswidrige Befehle wie die sofortige Hinrichtung von Polit-  
38 Kommissaren der Roten Armee und „feindlichen Zivilpersonen“ aus, sah beim Völkermord  
39 wohlwollend zu bzw. weg und wurde im Nürnberger Prozess lediglich aus formalen Gründen nicht als  
40 verbrecherische Organisation verurteilt (keine Organisation im juristischen Sinne). Diese Tatsachen  
41 lassen daran zweifeln, ob ein Verein, der dieses „geistige Erbe“ bewahren will, ein Gesprächspartner  
42 bei theoretischen Planspielen zur Bewältigung aktueller Krisensituationen ist.

43

44 Dass der 1961 gegründete Verein auch heute noch keine ernststen Bedenken zu seiner Tradition hat,  
45 zeigt auch die Ablehnung eines Antrages auf der Mitgliederversammlung Ende Oktober 2013,  
46 welcher die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft von sechs ehemaligen Wehrmachtgenerälen –  
47 darunter auch Erich von Manstein, Generalfeldmarschall und Kriegsverbrecher – anstrebte. Die  
48 Tagung fand in den Räumen der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg statt.

49

50

51

52

53

1 Beschluss: C3  
2  
3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesparteitag  
4

5  
6 **Verbot des Einsatzes von Reiterstaffeln und Hundestaffeln auf Demonstrationen**  
7

8 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert sich für ein Verbot des Einsatzes von Reiterstaffeln und  
9 Hundestaffeln auf Demonstrationen einzusetzen.

10  
11 **Begründung:**  
12

13 Im Jahr 2011 sorgte Holger Stahlknecht, Innenminister LSA, mit seinem Wunsch nach einer eigenen  
14 berittenen Staffel für einiges Aufsehen. Momentan „leiht“ sich LSA für jede Demo Polizeipferde aus  
15 NRW aus.

16  
17 Doch sind Polizeipferde wirklich das richtige Mittel, um eine Demo “ruhig zu halten“?  
18 Wohl kaum, vermehrt kommt es zu Ausschreitungen gegen Pferde, die eigentlich die Demonstranten  
19 beruhigen und einschüchtern sollen.

20  
21 So kam es beispielsweise im Juni 2004 zu einem Unfall, der einem Polizeipferd das Leben kostete.  
22 Nicht zu vergessen sind die Einsätze, wo Polizeibeamte in der unmittelbaren Nähe von Polizeipferden  
23 rücksichtslos Pfefferspray einsetzen und den Polizeipferden so oft das Augenlicht genommen wird.  
24 Das Ergebnis: Die Pferde sind für die Polizei unbrauchbar geworden und ihr Lebensende ist  
25 besiegelt.

26  
27 Auch beim Einsatz von Hundestaffeln kommt es vermehrt zu Verletzungen von Demonstrant\*innen  
28 und Tieren. Hunde sind von Natur aus nicht geeignet, Demonstrationen friedlich zu halten, daher  
29 werden sie auf Aggressivität und völligen Gehorsam gedrillt. Dies widerspricht der Natur. Wieso  
30 werden Kampfhunde bestraft, die Polizei darf aber ungehindert Kampfhunde ausbilden, um sie gegen  
31 Menschen einzusetzen.

32  
33 Nicht zu vergessen ist, dass Polizeibeamte sich diesen Beruf aussuchen und so auch mit möglichen  
34 Gefahren rechnen muss, ein Pferd jedoch hat diese Wahl nicht.  
35 Lasst uns gemeinsam gegen diesen Tiermissbrauch vorgehen.  
36

---

37

1 Beschluss: C4

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesvorstand,  
4 Juso-Bundeskongress

5

6

7 **Rassismus bekämpfen – Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen Rassismus und**  
8 **Intoleranz umsetzen**

9

10 Wir fordern die Bundesregierung und die Landesregierung auf, in den entsprechenden Bundes- und  
11 Landesministerien, bzw. dem Bundesrat für eine Umsetzung der im Bericht vom Dezember 2013  
12 aufgelisteten Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz zu  
13 sorgen. Des Weiteren soll darauf hingewirkt werden auch Inter-, Queer- und Biphobie zu bekämpfen.

14

15 **Begründung:**

16

17 Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) bemängelt das geringe  
18 Engagement der Bundesrepublik Deutschland im Kampf gegen Rassismus und Intoleranz. In seinem  
19 Prüfbericht vom Dezember 2013 werden 18 Punkte zur Verbesserung der Situation empfohlen. Zu  
20 diesen gehören:

21

22 Ratifizierung des Protokoll Nr. 12 zur Europäischen Menschenrechtskonvention welches ein  
23 allgemeines Diskriminierungsverbot festlegt

24

25 Rassistische Motive im Strafgesetzbuch als strafverschärfende Umstände festlegen

26

27 Eine Verpflichtung in das Recht aufzunehmen, die öffentliche Finanzierung von Organisationen,  
28 einschließlich politischer Parteien, einzustellen, die sich für Rassismus einsetzen

29

30 Einen Aktionsplan oder ein umfassendes Programm zur Förderung der Toleranz gegenüber  
31 LGBTI Personen und zur Bekämpfung von Homophobie und Transphobie zu entwickeln

32

33 Die Haushaltsmittel für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu erhöhen

34

35 European Commission against Racism and Intolerance (ECRI) Bericht über Deutschland

36

37

38 [www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/Country-by-country/Germany/DEU-CbC-V-2014-002-deu.pdf](http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/Country-by-country/Germany/DEU-CbC-V-2014-002-deu.pdf)

39

40

1 Beschluss: C5

2  
3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag; Juso-  
4 Bundeskongress

5  
6  
7

### **Einführung eines Datenbriefes**

8  
9 Wenn eine Gesellschaft Profite durch das Sammeln, Verwerten und Übermitteln personenbezogener  
10 Daten erzielt, muss der Betroffene jährlich über die über ihn gespeicherten Daten informiert werden.  
11 Das betrifft auch Daten, die über ihn beispielsweise durch "Anreicherung" mit anderen Datenquellen  
12 erzeugt werden, also Profile, Scoring-Werte, Annahmen über Vorlieben, interne  
13 Kundenklassenzuordnungen usw. Natürlich sind diese Daten zum Teil hochdynamischer Natur, das  
14 ändert jedoch nichts daran, dass der Betroffene ein Recht auf regelmäßigen kostenlosen Einblick hat.

15  
16  
17

#### **Begründung:**

18  
19 Durch die Einführung eines „Datenbriefes“ soll allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht sich einen  
20 Überblick darüber zu verschaffen, welche Daten über sie gespeichert und verarbeitet werden. Auch  
21 wenn es bereits ein Recht auf Auskunft gibt, ist dies in der Praxis nur schwer umzusetzen, da es für  
22 den Einzelnen nicht zu überblicken ist, welche Unternehmen überhaupt in welchem Umfang Daten  
23 verarbeiten und speichern.  
24 Weiterhin könnten durch die für die Unternehmen entstehen Kosten der Druck zur Datensparsamkeit  
25 und Datenvermeidung erhöht werden.

26  
27  
28

29 Beschluss: C7

30 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion, Juso-Bundeskongress

31  
32  
33  
34

### **Europäische Datenschutzverordnung vorantreiben**

35  
36 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf die Umsetzung des Koalitionsvertrages sicher zu stellen  
37 und die Verabschiedung der EU-Datenschutzverordnung voranzutreiben. In den dazu notwendigen  
38 Verhandlungen sollen pseudonymisierte Daten als personenbezogene Daten definiert werden. Der  
39 Standard darf dabei nicht unter dem bisherigen deutschen Datenschutzstandard liegen.

40  
41  
42

#### **Begründung:**

43  
44 Bisher erlässt jedes Mitgliedsland der EU gemäß der Datenschutzrichtlinie von 1995 seine eigenen  
45 Gesetze. Mit einer europäischen Datenschutzverordnung würde sofort und unmittelbar gleiches Recht  
46 für alle BürgerInnen der Europäischen Union gelten. Deswegen ist es umso wichtiger, dass diese  
47 Verordnung besonders datenschutzfreundlich gestaltet ist.

48  
49 In der Fassung, über die das Europäische Parlament am ... abgestimmt hat, sollen für  
50 pseudonymisierte Daten geringere Standards gelten als für personenbezogene Daten. Da aber auch  
51 mit pseudonymisierten Daten einzelne Personen identifiziert werden können, fordern wir, dass diese  
52 Daten als personenbezogene Daten eingestuft werden und somit der hohe Schutz für die BürgerInnen  
53 erhalten bleibt.

54

1 Derzeit hat jedes der 28 Mitgliedsländer der Europäischen Union seine eigenen Regelungen zum  
2 Datenschutz. Gerade die Enthüllungen im NSA-Skandal haben allerdings gezeigt, wie wichtig ein  
3 einheitlicher Datenschutz in Europa ist. Wenn jetzt noch ein Unternehmen einfach in ein Land mit  
4 dem niedrigsten Datenschutzstandard ausweichen kann, ist das mit der neuen Verordnung nicht  
5 mehr möglich. Die Behauptung diese Unternehmen würden sich dann aus dem europäischen Markt  
6 zurückziehen und damit die Wirtschaft schwächen ist reine Panikmache. Für ein solches Szenario ist  
7 der europäische Markt zu groß, sodass wir geschlossen als Europäische Union unsere Macht nutzen  
8 können, um höhere Datenschutzstandards für alle BürgerInnen durchzusetzen. Die Kommission und  
9 das Parlament haben sich bereits ihre Meinung gebildet. Nun liegt es am Ministerrat die  
10 Datenschutzverordnung zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Die deutsche Regierung sollte dort  
11 nicht nur ihre Vorreiterrolle im Datenschutz gerne betonen, sondern den Worten auch Taten folgen  
12 lassen und die Datenschutzverordnung im Rat der Europäischen Union vorantreiben.

---

14  
15  
16 Beschluss: C8

17  
18 Weiterleitung an: Juso-Bundeskongress zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag  
19  
20

### 21 **Kein Gedenken an Verbrecher! Bundeswehreinrichtungen endlich umbenennen**

22  
23 Es ist dafür Sorge zu tragen, dass Einrichtungen der Bundeswehr nicht mehr nach Mitgliedern der  
24 Wehrmacht bzw. Personen mit aktiver das NS-Regime unterstützender Rolle benannt und bereits  
25 nach solchen benannte Einrichtungen umbenannt werden. Hierbei ist zu beachten, dass die  
26 betreffenden Einrichtungen möglichst nicht auf Personen bezogene bzw. neutrale Namen bekommen.

#### 27 **Begründung:**

28  
29  
30 Auch wenn für uns feststeht, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt, also Menschen nicht auf  
31 moralisierende Art und Weise als „böse“ oder „gut“ bezeichnet werden können und jede Tat im  
32 historischen Kontext unter Einbeziehung der jeweiligen Zwänge und Wertvorstellungen betrachtet  
33 werden muss, so ist es doch unstrittig, dass die Wehrmacht eine maßgebliche Säule des NS-  
34 Regimes, des Terrors und der Vernichtung nach Außen war. Ohne das Stillhalten der Reichswehr  
35 wären die Nationalsozialisten nicht an die Macht gekommen und ohne das bereitwillige Mitwirken der  
36 Wehrmacht hätte es keinen zweiten Weltkrieg, der explizit als Vernichtungskrieg geführt wurde,  
37 gegeben. Hier wird jede oft als Differenzierung getarnte Trennung zwischen „Tätern, Mitläufern und  
38 Unschuldigen“ scheitern. Als Demokrat\_innen müssen wir, ob wir die Bundeswehr als Ganzes nun  
39 ablehnen oder befürworten, darauf hinwirken, dass endlich offensiver mit der Traditionslinie  
40 Reichswehr – Wehrmacht - Bundeswehr gebrochen wird und dafür kämpfen, dass diejenigen die  
41 unmittelbare Verantwortung auszuüben hatten nicht mehr geehrt werden. Dabei geht es nicht darum  
42 Menschen, die ja nur Ergebnisse ihrer Umwelt sind, zu dämonisieren, sondern darum, die  
43 gegenwärtige Gesellschaft und besonders die Soldat\_innen auf die Verbrechen der Wehrmacht und  
44 die abzulehnenden Kontinuitätslinien deutscher Armeegeschichte hinzuweisen.

45  
46 Es wäre allerdings auch falsch, heute eine Kontinuitätslinie zwischen demokratischen  
47 Widerstandskämpfer\_innen und der Bundeswehr zu konstruieren, da diese so definitiv nicht existiert  
48 und damit nur eine Art Verherrlichung der Armee der Bundesrepublik stattfinden würde, die ja bei aller  
49 kritischen Reflektion im Endeffekt immer die Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches ist und damit  
50 auch die Verantwortung für die Verbrechen übernehmen muss. Deshalb wäre es keine positives  
51 Zeichen, die Einrichtungen des gegenwärtigen Militärs nach Menschen zu benennen, die sich im  
52 Kampf gegen die Wehrmacht und den deutschen Staat ausgezeichnet haben, sondern eher ein  
53 Missbrauch ihrer Leistungen, wenn die aktuelle Ausgestaltung dieses Staates sich ihres Andenkens  
54 bemächtigen würde. Da es also keine positive, also demokratische, deutsche Tradition gibt an die  
55 hier angeknüpft werden könnte, bleibt nur die Möglichkeit, die Einrichtungen der Bundeswehr nach

## Antragsbereich C – Innen-, Außen- und Kommunalpolitik

1 politisch unbedeutenden Dingen zu benennen, wobei beispielsweise eine einfache  
2 Durchnummerierung begrüßenswert wäre (Kaserne 1,2,3 etc).

3  
4

---



1 Beschluss: C9

2  
3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag, Juso-  
4 Bundeskongress zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag

5  
6  
7 **Aktionsplan zur Darstellung von Menschen in Medien**

8  
9 Um der Darstellung von unrealistischen und gesundheitsschädlichen Körperbildern entgegenzutreten,  
10 werden auf Bundesebene folgende Maßnahmen ergriffen:

- 11  
12 1. Die Einführung einer Verpflichtung zu einer Vorlage einer ärztlichen Bestätigung der Gesundheit  
13 (vierteljährlich zu aktualisieren) für Models mit einem BMI unter 18.5 die Aufträge für Fotos oder  
14 Laufstegauftritte in Deutschland annehmen. Dieser Gesundheitspass soll bestätigen, dass keine  
15 untergewichtbedingten Gesundheitsprobleme vorliegen.  
16 2. Eine Verpflichtung der Kennzeichnung von Retusche mit dem Ziel der Veränderung des  
17 körperlichen Aussehens von Bildern von Menschen.  
18 3. Die Selbstverpflichtung in Darstellungen von Bundeskampagnen auf Diversität bei Körperformen  
19 zu achten.  
20 4. Die Einführung einer Informationskampagne zur verzerrten Darstellung von Körperformen in  
21 Medien.

22  
23 **Begründung:**

24  
25 In Deutschland zeigen laut Robert-Koch-Institut (2008) 28,9% der Mädchen und 15,2% der Jungen  
26 zwischen 11-17 Jahren Anzeichen auf Essstörungen  
27 (<http://edoc.rki.de/oa/articles/reUtk2m6lw8Zw/PDF/29RwmUBXgACe2.pdf>). Jedes zweite 15-jährige  
28 deutsche Mädchen und jeder dritte Junge in diesem Alter findet sich zu dick. Deutschland ist laut  
29 Angaben der Uni Bielefeld weltweiter Spitzenreiter bei Körperunzufriedenheit([http://ekvv.uni-](http://ekvv.uni-bielefeld.de/blog/pressemitteilungen/entry/deutsche_jugendliche_finden_sich_zu)  
30 [bielefeld.de/blog/pressemitteilungen/entry/deutsche\\_jugendliche\\_finden\\_sich\\_zu](http://ekvv.uni-bielefeld.de/blog/pressemitteilungen/entry/deutsche_jugendliche_finden_sich_zu)).

31 Ein prädisponierender Faktor sind überhöhte Schönheits- und Schlankheitsideale die in den Medien  
32 transportiert werden. Deshalb ist es von Bedeutung, dafür zu sorgen, dass:

- 33 1. Models ein gesundes Körpergewicht haben und nicht an Untergewicht leiden. Da der BMI ein  
34 zu leicht überwindbarer Marker darstellt, sollte hier die Gesundheit durch ärztliches Personal  
35 festgestellt werden.  
36 2. Desweiteren werden Körperbilder durch Fotoretusche weiter „perfektioniert“ und stellen damit  
37 unerreichbare Vorbilder dar. Darauf muss aufmerksam gemacht werden, sowohl durch  
38 Information (4.), als auch durch die Kenntlichmachung. In der Hoffnung, dass sich natürliche  
39 Darstellungen von Menschen als Qualitätsmerkmal etablieren, z.B. bei Werbung für  
40 Kosmetikprodukte.  
41 3. Der Bund sollte hier selbst vorbildlich handeln.  
42  
43
-

1 Beschluss: C10

2  
3 Weiterleitung an:  
4  
5

6 **Befreiung familiärer Beziehung von ökonomischen Zwängen**

7  
8 Volljährige Menschen sind nicht das Anhängsel ihrer Familie und müssen als unabhängige Individuen  
9 betrachtet werden, weshalb ihre Rechte und Pflichten nicht über die Abstammung definiert werden  
10 dürfen. Dies schließt Folgendes ein:

- 11  
12 1. Kinder sind nicht gezwungen für ihre Eltern Unterhalt zu zahlen, bei Mittellosigkeit letzterer  
13 muss der Sozialstaat dafür aufkommen.  
14 2. Volljährige, nicht mehr schulpflichtige Kinder haben den Anspruch auf vollwertige  
15 Sozialleistungen, da die Eltern ihre Erziehungsleistung erbracht haben und ebenfalls nicht  
16 mehr unterhaltspflichtig sein sollten.  
17 3. Der Pflichtteil im Erbrecht ist abzuschaffen. Personen, die ein Erbe hinterlassen, können die  
18 zukünftigen Besitzverhältnisse testamentarisch frei bestimmen.  
19  
20

21 **Begründung:**

22  
23 Zu 1.) Theoretisch sollte sich im 21. Jahrhundert die Erkenntnis durchgesetzt haben, dass genetische  
24 oder juristisch festgelegte Verwandtschaft kein Kriterium für ein glückliches Verhältnis von Menschen  
25 zueinander sein kann, was sich allerdings nicht in der existierenden Gesetzgebung niederschlägt.  
26 Hier wird auf der mittelalterlichen anmutenden Vorstellung von der Familie als „Keimzelle der  
27 Gesellschaft“ bestanden, weshalb auch Kinder, die längst die Volljährigkeit erreicht haben, noch über  
28 ihre Eltern definiert werden. So kommt es beim BAföG nicht auf die finanzielle Lage des\_der  
29 Student\_in an, sondern auf die Situation der Eltern, völlig ungeachtet der Möglichkeit, dass es auch  
30 Studierende gibt, die ihre Rechte als freie Individuen in Anspruch nehmen und keinen Kontakt mehr  
31 zu ihren Eltern haben, beziehungsweise es auch Eltern gibt, die sich schlicht und ergreifend weigern  
32 für ihre Kinder aufzukommen, womit für die Kinder nur noch der Weg vor Gericht bleibt.  
33

34 Zu 2.) Noch absurder als beim BAföG zeigt sich die zwanghafte Koppelung der Kinder an die Eltern in  
35 puncto Unterhalt. Kinder, die von ihren Eltern enterbt und ignoriert wurden, müssen auch nach  
36 Jahrzehnten der absoluten Kontaktlosigkeit für die Versorgung ihrer Eltern zahlen. Eine Befreiung von  
37 den Ansprüchen ist nur möglich wenn ein Gericht feststellt, dass „die Inanspruchnahme des  
38 Verpflichteten grob unbillig wäre“ [§ 1611, BGB]. Statt auf die freie Entscheidung der Kinder zu  
39 setzen, ob diese bereit sind für ihre Eltern zu zahlen, werden hier also Richter\_innen bemüht, die die  
40 moralischen Verfehlungen der Eltern und das Gelingen einer Familie zu beurteilen haben.  
41 Progressive Kräfte sollten allerdings eher die Frage stellen, ob der Familienverband überhaupt ein  
42 Solidarverband sein kann, wenn diejenigen, die in der Idealvorstellung die Solidarität ausüben sollten,  
43 dazu gezwungen werden müssen. Die Vorstellung, dass Kinder nicht mehr sind als die Altersvorsorge  
44 ihrer Eltern, muss endlich ad acta gelegt werden!  
45

46 Zu 3.) Bis jetzt haben Menschen bis 25 Jahren nur bedingt Anspruch auf staatliche Sozialleistungen,  
47 sondern haben nur Ansprüche auf Versorgung durch ihre Eltern. Hier zieht sich der Staat geschickt  
48 aus der Verantwortung, in dem er die Familie als Ersatz-Versorgerin fordert und junge Menschen  
49 damit weiterhin in der Unmündigkeit hält, da auch hier wieder einmal die persönlichen  
50 Befindlichkeiten von Eltern und Kindern ignoriert und diese aufgrund staatlich festgelegter  
51 Verwandtschaft zur „Solidarität“ gezwungen werden. Auch sollten Eltern die Möglichkeit haben, nicht  
52 weitere sieben Jahre Sorge für einen volljährigen Menschen tragen zu müssen.  
53

54 Zu 4.) Die Konsequenz dessen ist auch, dass es keinen Pflichtteil mehr im Erbrecht geben darf. Auf  
55 dem Papier existierende Verwandtschaftsbeziehungen sind kein Garant für ein gutes Verhältnis oder

- 1 für regelmäßigen Kontakt. Deshalb kann den Menschen nicht länger vorgeschrieben werden, dass
  - 2 allein aufgrund der Elternschaft ein Teil des Erbes verpflichtend an die Kinder gehen muss, da der
  - 3 verwandtschaftliche Status des Kindes nichts über die geübte Solidarität aussagt.
  - 4
-

1 Beschluss: C12

2  
3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag; Juso-  
4 Bundeskongress zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag und die SPD-  
5 Bundestagsfraktion  
6  
7

8 **Geschichte verpflichtet: Rehabilitierung und Entschädigung so genannter „175er“**

9  
10 Jene Männer, die nach § 175 StGB bis 1973 verurteilt worden sind, sollen durch Aufhebung der  
11 entsprechenden Gerichtsurteile rehabilitiert werden. Diejenigen, die Gefängnis- oder  
12 Zuchthausstrafen zu verbüßen hatten, sind finanziell zu entschädigen.  
13

14  
15 **Begründung:**

16  
17 In der Bundesrepublik Deutschland galt die von den Nationalsozialisten 1935 verschärfte  
18 Gesetzgebung zur strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Handlungen (§ 175 und § 175a StGB)  
19 bis zur Strafrechtsreform von 1969 weiterhin fort. Demnach waren sämtliche sexuelle Handlungen,  
20 einschließlich erotisch interpretierbarer Annäherungen, unter Männern strafbar.  
21

22 Bis zur endgültigen Abschaffung des § 175 StGB am 31. Mai 1994 bestanden unterschiedliche  
23 strafrechtliche Schutzaltersgrenzen für homo- und heterosexuelle Handlungen. Dies mussten in  
24 beiden Teilen Deutschlands tausende von Männern erfahren, die aufgrund ihrer Homosexualität  
25 verurteilt worden sind: In der Bundesrepublik Deutschland lag die Zahl der Verurteilungen bis zur  
26 Strafrechtsreform 1969 bei ca. 50.000. Die damalige DDR setzte – nach unsäglichen homophoben  
27 Kampagnen zu Beginn der 1950er Jahre - die Strafverfolgung 1957 faktisch aus und reformierte die  
28 Norm 1968 (durch Einführung von Schutzaltersgrenzen) und 1988/1989 (durch Abschaffung  
29 derselben).  
30

31 Während der Zeit des Nationalsozialismus saßen mindestens 10.000 mit einem „Rosa Winkel“  
32 stigmatisierte Männer in Konzentrationslagern. Mehr als 5.000 von ihnen überlebten die so genannte  
33 Vorbeugehaft nicht.  
34

35 Die Männer, die in der Zeit des Nationalsozialismus gemäß § 175 verurteilt worden sind, sind gemäß  
36 NS-AufhGÄndG von 2002 rehabilitiert worden und haben Anspruch auf Entschädigung aufgrund der  
37 verbüßten Strafe. Wurde die gleiche Person wegen der exakt gleichen „Tat“, jedoch in den 1950er  
38 und/oder 1960er Jahren – oft als Folge von übler Nachrede, Denunziation oder polizeilicher  
39 Repression (mittels gestellter Fallen) - bestraft, hat sie keinen Anspruch auf Entschädigung. Diese  
40 Ungleichbehandlung muss, im Anschluss an die über den Bundesrat seit Jahren in die Wege  
41 geleiteten Initiativen, endlich vom Tisch – so lange die Betroffenen noch leben. Das konservative  
42 Argument, Urteile eines Rechtsstaates könnten nicht im Nachhinein für nichtig erklärt werden,  
43 überzeugt in keiner Weise: Bei den Urteilen nach § 175 handelt es sich um Rechtsprechung, die a) an  
44 von den Nationalsozialisten verschärftes Recht anknüpft und b) den reaktionären Moralvorstellungen  
45 der Mehrheit der Bevölkerung in der jungen Bundesrepublik entsprechen mochte, aber nicht im  
46 Einklang mit dem Geist des Grundgesetzes und den Menschenrechten steht.  
47  
48

1 Beschluss: C14

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag

4

5

6

### **Streichung des ersten Punktes im § 1592 BGB**

7

8 §1592 Punkt 1 BGB ist ein veraltetes Konstrukt über die Rolle des Ehemanns und Vaters. Die  
9 Bundestagsfraktion soll sich für die Streichung des ersten Punktes, Ehemann gleich Vater, einsetzen.

10

11

#### **Begründung:**

12

13

14 „Vater eines Kindes ist der Mann, der zum Zeitpunkt der Geburt mit der Mutter des Kindes verheiratet  
15 ist“ so steht es zumindest im § 1592 BGB. Wie real ist dies heute noch? Wieso bekommt ein Mann  
16 ein Recht auf ein Kind, nur weil er mit der Mutter verheiratet ist. Und wenn gleiches Recht für alle gilt,  
17 bin ich dann auch Mutter, wenn mein Ehemann mit einer fremden Frau ein Kind bekommt. Nein, dies  
18 regelt das Gesetz nicht. Hier ist allerdings nicht nur ein ideologisches Problem absehbar. Es ist für  
19 eine Mutter nicht möglich, den Platz des Vaters in der Geburtsurkunde frei zulassen wenn sie  
20 verheiratet ist, somit kommt auch ein Rechtsproblem zu Stande. Der Ehemann wird automatisch  
21 Vater und ist für den Unterhalt verantwortlich. Eine Änderung der Geburtsurkunde ist erst möglich,  
22 wenn die Scheidung beim Gericht anerkannt ist. Gerade bei in Trennung lebenden Ehepaaren kann  
23 es hier zu erheblichen Problemen kommen.

24

25

26

27 Beschluss: C15

28

29 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

30

31

### **Anspruch auf Erstberatung in der Muttersprache oder in einer dem Asylbewerber geläufigen 32 Sprache**

33

34

35 Flüchtlinge sollen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unmittelbar nach Stellung eines  
36 Antrages auf internationalen Schutz über Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Erstberatung  
37 durch einschlägige Organisationen und Personengruppen informiert werden. Diese Information hat so  
38 zu erfolgen, dass die Erstberatung rechtzeitig vor der Anhörung gemäß § 25 AufenthG in Anspruch  
39 genommen werden kann. Nötigenfalls ist der Termin der Anhörung durch das Bundesamt für  
40 Migration und Flüchtlinge entsprechend festzulegen.

41

42 Auf Wunsch des/der Flüchtenden soll auch die zur Erstberatung hinzugezogene Person bzw. ein/-e  
43 Vertreter/-in der hinzugezogenen Organisation an der Anhörung teilnehmen dürfen.

44

45

#### **Begründung:**

46

47

48 Die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Normen für die  
49 Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen (EU-Aufnahmerichtlinie, RL  
50 2013/33/EU vom 26.06.2013) bestimmt in Artikel 5, dass Antragsteller durch den jeweiligen  
51 Mitgliedsstaat über Organisationen oder Personengruppen informiert werden, die einschlägige  
52 Rechtsberatung leisten. Diese Information muss nur innerhalb einer angemessenen Frist erfolgen, die  
53 in der Regel nach der Anhörung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge endet.

54

## Antragsbereich C – Innen-, Außen- und Kommunalpolitik

1 Hieraus entsteht das Problem, dass Flüchtlinge zumeist Fehler bei der Beantragung von  
2 internationalem Schutz oder unvollständige Angaben machen, sodass die Anträge in vielen Fällen  
3 nicht an der Schutzbedürftigkeit des Antragstellers scheitern, sondern an formellen Fehlern oder  
4 fehlenden bedeutenden Angaben.

---

5  
6

1 Beschluss: C16  
2  
3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion  
4

5  
6 **Fitness sicherer machen!**

7  
8 Es ist zu prüfen, inwiefern Fitnessstudios verpflichtet werden können, einen funktionsbereiten AED  
9 (Automatischen externen Defibrillator) vorzuhalten und ihr Personal in dessen adäquater Anwendung  
10 zu schulen.

11  
12  
13 **Begründung:**

14  
15 Bereits in vielen öffentlichen Einrichtungen, wie Einkaufszentren und Flughäfen, sind AEDs zu finden.  
16 Sie sind so einfach zu bedienen, dass selbst Laien im Ernstfall wirkungsvoll wiederbeleben und einen  
17 plötzlichen Herzstillstand verhindern. Der Einsatz früher adäquater Defibrillation erhöht die  
18 Überlebensrate eines Herzstillstandes/-infarktes signifikant.

19  
20 Besucher\*innen von Fitnessstudios haben ein erhöhtes Risiko während des Trainings eine Herz-  
21 Kreislauf-Komplikation zu erleiden und Erste Hilfe beanspruchen zu müssen. Zum Einen steigt die  
22 Zahl Studiomitgliedern über 35 Lebensjahren, womit auch die statistische Zahl von Mitgliedern mit  
23 (möglicherweise unentdeckten) Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Nebenerscheinungen zunimmt.  
24 Zum Anderen ist die Zahl von umfänglich betreuten Studiomitgliedern, durch die angestiegene Zahl  
25 von LowBudget-Fitness-Centern mit geringer Trainingsbetreuung und -beratung gesunken.  
26 Unerfahrenere Studiomitglieder mit geringerem Fitnesslevel und Begleitmerkmalen, wie  
27 Übergewicht/Ernährungsdefiziten, einem Lebensalter von über 35 Jahren oder Nikotinabusus und  
28 geringerm Beratungseinfluss durch das Fitnessstudio, haben ein höheres Risiko insbesondere beim  
29 Cardio-Training einem Herzinfarkt oder Herzstillstand zum Opfer zu fallen. Ohne schnelle und  
30 adäquate Intervention, kann dies fatale Folgen für Leben und Lebensqualität der/des Betroffenen  
31 haben.  
32

---

33  
34  
35 Beschluss: C17  
36  
37 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion  
38

39  
40 **Landesversammlungsgesetz ändern – Zuständigkeit als Verwaltungsbehörde konsequent in**  
41 **kommunale Hände geben**

42  
43 Das Landesversammlungsgesetz sowie nachgeordnete Vorschriften (§ 1 ZustVO SOG LSA) sollen  
44 dahingehend geändert werden, dass auch die kreisfreien Städte Sachsen-Anhalts auf Antrag, und  
45 somit nicht mehr nur die Landkreise, als jeweilige Versammlungsbehörde fungieren können. Diesen  
46 Anträgen muss entsprochen werden.  
47

48  
49 **Begründung:**

50  
51 Für Magdeburg, Halle und Dessau-Roßlau ist die jeweilige Polizeidirektion die zuständige  
52 Versammlungsbehörde, in den Landkreisen Sachsen-Anhalts übernehmen jedoch selbige diese  
53 Aufgabe. Auch in anderen Bundesländern ist diese Aufgabe konsequent in kommunaler Hand. Dies

1 gilt zum Beispiel auch für die Stadt Dresden, die unter diesen Voraussetzungen seit Jahren auch  
2 Großdemonstrationen angemessen betreuen kann.

3  
4 Für diese Anpassung des Versammlungsgesetzes und damit verbundener Vorschriften,  
5 insbesondere trifft dies den §12 des Versammlungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt, gibt es  
6 eine Reihe von Begründungen. Eine Auswahl dieser soll im Folgenden skizziert werden.

7  
8 Zu nennen ist hierbei u.a. eine Entlastung der Polizeikräfte, was zu einer Verbesserung der  
9 Einsatzleistung dieser und keinesfalls zu einer Entmachtung dieser führen würde. Auch bei einer  
10 Übertragung der Funktion der Versammlungsbehörde an die Kommunen hätte die Polizei immer noch  
11 ausreichend Einflussmöglichkeiten um in angemessener Weise zu handeln. Erfahrungen, wie sie  
12 unter anderem im Januar 2014 in Magdeburg gemacht wurden, können somit zukünftig vermieden  
13 werden.

14  
15 Insbesondere die jeweiligen Spezifika, wie örtliche Gegebenheiten oder besondere Erfahrungen der  
16 Städte bzw. Landkreise, und der jeweilige kommunalen Umgang mit Veranstaltungen und  
17 Demonstrationen lassen es zweckmäßig erscheinen, hier auch den drei kreisfreien Städten dieses  
18 Recht einzuräumen. Das Gegenargument der hohen Komplexität entfällt aufgrund der guten  
19 Erfahrungen in Dresden und anderen vergleichbar großen Städten.

20  
21 Ferner ist eine derartige Ungleichbehandlung zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten an dieser  
22 Stelle nicht notwendig und sollte daher aufgehoben werden, indem eine Angleichung an die bereits  
23 für die Landkreise gültige Regelung erfolgt.

24  
25  
26  
27 **Beschluss:** C20

28  
29 **Weiterleitung an:** SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

### 30 31 32 **Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen**

33  
34 Die Jusos Sachsen-Anhalt sehen in nachfolgenden Punkten die Notwendigkeit der Reform des  
35 aktuellen Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen:

- 36  
37 - Schaffung der Möglichkeit der würdevollen, individuellen Bestattung aller totgeborenen Kinder  
38 unabhängig von Größe und Alter  
39 - Schaffung der Möglichkeit der Bestattung in Tüchern bei Erdbestattung aufgrund religiöser  
40 und kultureller Gründe

#### 41 42 43 **Begründung:**

44  
45 Im Landtag von Sachsen-Anhalt wurde am 16. Mai 2014 ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über  
46 das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen des Landes Sachsen-Anhalt eingebracht. Dieser  
47 Antrag hat eine gesellschaftliche Debatte über das Bestattungswesen in unserem Land angestoßen.  
48 Der Antragssteller hält es für notwendig sich an der öffentlichen Debatte zu beteiligen.

49  
50 Bisher ist bei totgeborenen Kindern (Fehlgeburten) Größe, Alter und Gewicht ausschlaggebend, ob  
51 ein Anspruch auf eine Bestattung besteht. Die sogenannten „Sternenkinder“ sollen als Person  
52 anerkannt werden und einen Rechtsanspruch auf eine würdige Bestattung auf allen Friedhöfen  
53 haben. Eine mögliche Neuregelung soll den Betroffenen ihre Trauerarbeit erleichtern und den toten  
54 Kindern die ihnen zustehende Würde haben.



1 Sachsen-Anhalt soll ein weltoffenes und tolerantes Land sein. In allen Kulturkreisen dieser Welt wird  
2 eine Totenbestattung nach dem Tod eines Menschen vorgenommen. Doch weichen die kulturellen  
3 Riten zum Teil von unseren christlich geprägten Bestattungsriten ab. Das Bestattungsgesetz solle die  
4 zunehmende Vielfalt der in Sachsen-Anhalt gelebten Kulturen und Religionen aufgreifen.  
5

---

6  
7  
8 Beschluss: C22

9  
10 Weiterleitung an: Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion  
11

12  
13 **Zulassung homo- und bisexueller Männer zur Blut- und Blutplasmaspende sowie**  
14 **Knochenmark- und Organspende**

15  
16 Alle Männer, gleich welcher sexuellen Orientierung sind zur Blut- und Blutplasmaspende sowie der  
17 der Knochenmark- und Organspende zuzulassen. Die, nur von Männern zu beantwortende, Frage  
18 nach einem gleichgeschlechtlichen Sexualkontakt muss ersatzlos gestrichen werden. Auch die zurzeit  
19 diskutierte Alternative, wie der Verzicht auf jeglichen Sexualverkehr, innerhalb eines Jahres ist  
20 abzulehnen.

21  
22  
23 **Begründung:**  
24

25 Die Richtlinien der Bundesärztekammer sehen vor, dass Homosexuelle grundsätzlich von der  
26 Blutspende ausgeschlossen sind, da nach Meinung der Ärztekammer, alle Homosexuelle  
27 grundsätzlich eine Risikogruppe sind. Dabei ist es völlig egal, ob ein Mann seit Jahren in einer  
28 monogamen Beziehung lebt. Dabei gibt es in Deutschland durchaus homo- und bisexuelle Männer  
29 regelmäßig zum Blutspenden gehen. Diese beantworten den Fragebogen bewusst falsch, um der  
30 Gesellschaft zu dienen. Da das Denken hinter dieser Regel ein Klischee über homo- und bisexuelle  
31 Männer aus dem letzten Jahrhundert beinhaltet, ist es an der Zeit diese Regelung abzuschaffen.  
32  
33

---

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43

Beschluss: D2

Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag

### Heimwegtelefon einführen

Die Einwohner\*innen Sachsen-Anhalts sollen sich auch nachts zu jeder Zeit sicher auf unseren Straßen fühlen können. Daher soll geprüft werden, inwieweit sich eine Telefonhotline nach Vorbild des Berliner „Heimwegtelefons“ auch in unserem Bundesland umsetzen lässt.

#### **Begründung:**

Wer nachts auf dem Heimweg allein durch die Straßen laufen muss, hat in der Dunkelheit mitunter ein mulmiges Gefühl. Der einsame Weg nach dem Clubbesuch, auf dem keine Menschenseele zu sehen und auch kein Taxi in Sicht sind, der letzte Nachtbus, den man nach einer langen Nachtschicht verpasst hat, auch das letzte Stück Weg von der S-Bahn durch den kleinen Park bis nach Hause kann im Dunkeln beängstigend sein. Ist man jetzt auch noch allein unterwegs, kann jedes Geräusch Panik hervorrufen. Die Angst vor einem Überfall ist größer als bei Tag oder in Begleitung. Diese Angst ist leider auch nicht unbegründet: Laut einer Untersuchung des European Crime and Safety Survey liegt Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern 60% über dem Durchschnitt sexueller Übergriffe.

Abhilfe schaffen Telefon-Hotlines wie das Berliner „Heimwegtelefon“. Das „Heimwegtelefon“ ist eine Telefon-Hotline, die nachts angewählt werden kann und die jede\*n, die\*der möchte, auf dem Heimweg telefonisch begleitet. Zu Beginn des Telefonats teilt man mit, wo man sich befindet und was das Ziel ist. Dann folgt ein nettes Gespräch bis zur Haustür, das die Laufzeit verkürzt. In regelmäßigen Abständen wird der aktuelle Standort in Erfahrung gebracht, um der Polizei im Ernstfall relativ genaue Angaben machen zu können.

Dabei verfolgt das „Heimwegtelefon“ zwei Ziele: Gespräche, die Sicherheit vermitteln - und Präsenz, wenn der Ernstfall eintritt. Durch das Telefonat lassen sich darüber hinaus ggf. sogar eventuelle Angreifer\*innen abschrecken. Mögliche Täter\*innen müssen damit rechnen, dass die Mitarbeiter\*innen der Hotline sofort die Polizei rufen, wenn jemand wirklich bedroht oder angegriffen wird.

Einen ähnlichen Service gibt es auch in Stockholm, wo die Hotline direkt von der schwedischen Polizei betrieben wird. Dort können Menschen ebenfalls anrufen, wenn sie auf dem Heimweg sind und sich unwohl dabei fühlen. Die Polizei greift dann im Notfall direkt ein.

---

1 Beschluss: D3

2  
3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

4  
5  
6 **Situation von gleichgeschlechtlichen Paaren mit Kinderwunsch verbessern: Einen weiteren**  
7 **Schritt gehen und die Regelungen für legale, medizinisch begleitete Insemination in**  
8 **Deutschland verbessern**

9  
10 Es ist zu prüfen, inwiefern der bisher prekäre Zustand der nicht expliziten Regelung von künstlichen  
11 Befruchtungen für lesbische Partnerschaften und alleinstehende gebärfähige Menschen verbessert  
12 werden kann.

13  
14 Dabei ist zwingend darauf zu achten, dass es hierbei nicht einer Verschlechterung der bereits  
15 schwierigen Rechtslage für die betroffenen Frauen und potenziellen Mütter sowie weitere beteiligte  
16 Personen, wie medizinisches Personal, kommen darf.

17  
18 Konkret zu betrachten sind dabei insbesondere die Aspekte der Rechtslage der Richtlinien im  
19 Berufsrecht der Ärztekammer und im Embryonenschutzgesetz, die einen Bezug zur In-Vitro-  
20 Fertilisation aufweisen.

21  
22  
23 **Begründung:**

24  
25 Leider handelt es sich bei der Situation von Lesben mit Kinderwunsch nur um einen sehr kleinen  
26 Ausschnitt einer noch deutlich von Akzeptanz und Gleichstellung entfernten Gesamtsituation von  
27 Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersexuellen und Transgendern (LGBTI). Keinesfalls soll daher  
28 auch die generelle Situation von LGBTI mit Kinderwunsch ausgeklammert werden. Auch bleibt in  
29 diesem Feld, nicht nur bezüglich der Kinderwunsch-Thematik, weitaus mehr zu tun, als hier  
30 aufgegriffen werden kann. Dennoch soll im Rahmen dieses Antrages der Fokus auf einen kleinen,  
31 aber komplexen und folgenreichen Teilaspekt gelenkt werden – Fortschritt hier ist auch ein Fortschritt  
32 für die Gesamtsache der völligen Gleichstellung von LGBTI.

33  
34 Wie in heterosexuellen Partnerschaften auch, kann ein Kinderwunsch auch in gleichgeschlechtlichen  
35 Partnerschaften normaler Bestandteil der Entwicklung von Partnerschaft sein. Hierbei gibt es jedoch  
36 sowohl für schwule, als auch für lesbische Partnerschaften enorme Einschränkungen. Für  
37 gleichgeschlechtliche Partnerschaften zwischen zwei Frauen, die in dieser Frage sicherlich bessere  
38 Ausgangsvoraussetzungen, u.a. mit Blick auf gesellschaftliche Akzeptanz, Biologie und Möglichkeiten  
39 der Umgehung geltender Gesetze haben, als Partnerschaften zwischen Männern haben, gilt hierbei,  
40 dass diesen durch die deutsche Gesetzgebung viele Wege zur Realisierung dieses Kinderwunsches  
41 verwehrt bleiben.

42  
43 Zwar gibt es im Bereich der „normalen“ intrauterinen Insemination eine gewisse Anzahl an  
44 Schlupflöchern und Umgehungsmöglichkeiten, neben dem Aufsuchen medizinischer Hilfe außerhalb  
45 Deutschlands. Dies ist jedoch ein durchaus folgenschwerer Zustand, drängt er die Frauen und  
46 potenzielle Kinder nicht nur zu bestimmten, in Teilen nicht legalen oder rechtlich nicht gedeckten  
47 Maßnahmen, was auch im Falle von Komplikationen zu großen Problemen führen kann. Auch sind  
48 die Erfolgsaussichten bei diesen hier häufig angewendeten Verfahren deutlich geringer als bei dem  
49 Verfahren der In-Vitro-Fertilisation. Dieses Vorenthalten einer deutlich besseren Chance zur  
50 Realisierung des Kinderwunsches führt ebenfalls zu enormen Belastungen der betroffenen Familien.

51  
52 Somit kann daher auch nicht davon ausgegangen werden, dass die bisherigen Regelungen,  
53 Grauzonen und Verbote, die unter schwierigen Voraussetzungen und komplizierten Konstrukten, die

1 in Teilen auch zu sehr schwierigen Beziehungen zu potenziell beteiligten Personen führen, eine  
2 angemessene und ausreichende Situation der Gleichstellung darstellen.

3  
4 Auch das Argument, dass Regenbogenfamilien dem Schutz des Kindeswohl zu wieder laufen, ist  
5 mittlerweile vielfach deutlich und signifikant widerlegt worden.

6  
7 Die Deutsche Rechtslage ist jedoch auch in Bezug auf In-Vitro-Fertilisationen äußerst ungünstig und  
8 komplex. Durch eine Kombination aus Embryonenschutzgesetz und Richtlinien der Ärztekammer ist  
9 die Durchführung von derartigen medizinischen Maßnahmen in Deutschland bei lesbischen Frauen  
10 bisher verboten.

11  
12 In Bezug auf die Unterstützung von intrauteriner Insemination und ähnlich gelagerten Schritten gibt es  
13 zurzeit keine klare Billigung durch das Gesetz, eine explizite Regelung, die auch zu Rechtssicherheit  
14 führen würde und somit Abhängigkeiten und Missbrauch des Kinderwunsches eingrenzen würde, liegt  
15 bisher nicht vor. Dies, und der Fakt, dass Ärzt\*innen sich nach gültigem Recht mit dem Risiko von  
16 Unterhaltsklagen konfrontiert sehen können, führt dazu, dass die Anzahl der Praxen und Kliniken, die  
17 lesbische Partnerschaften mit Kinderwunsch unterstützen stark begrenzt ist.

18  
19 All dies führt zu einer massiven Diskriminierung, die nicht einfach nur unfair ist – sondern durch eine  
20 enorme Folgeschwere gekennzeichnet sein kann. Insbesondere wenn aufgrund dieser  
21 Voraussetzungen mittelbar ein Kinderwunsch nicht realisiert werden kann.

22  
23  
24  
25 **Beschluss:** D6

26  
27 **Weiterleitung an:** SPD-Landtagsfraktion, Ministerium für Arbeit und Soziales

### 28 29 30 **Aids-Hilfen in Sachsen-Anhalt stärker fördern**

31  
32 Einer der ersten Ansprechpartner für Menschen mit HIV/Aids in Sachsen-Anhalt sind die Aids-Hilfen  
33 in Magdeburg, Halle und Halberstadt. Sie werden vom Land Sachsen-Anhalt gefördert, um im Bereich  
34 HIV/Aids sexuell übertragbare Krankheiten Präventionsarbeit zu leisten und um die mit HIV/Aids  
35 Infizierten und ihre Angehörigen zu betreuen. Die Aids-Hilfen in Sachsen-Anhalt müssen  
36 bedarfsgerecht und auskömmlich finanziert werden, um die gleichbleibend hohe qualitative Arbeit der  
37 Einrichtungen sicherstellen zu können.

38  
39 Angesichts der seit Jahren steigenden Zahlen der HIV-Neuinfektionen ist die verstärkte Aufklärung  
40 junger Menschen über HIV und AIDS dringend geboten. Mit der den Aids-Hilfen in Sachsen-Anhalt  
41 zur Verfügung gestellten institutionellen Förderung ist eine qualifizierte und nachhaltige  
42 Präventionsarbeit jedoch kaum noch möglich. Daher sind die jährlichen Zuwendungen des Landes für  
43 die Aids-Hilfen zu erhöhen.

#### 44 45 46 **Begründung:**

47  
48 Nach Schätzungen des Robert-Koch Instituts leben mittlerweile ca. 600 HIV-Infizierte in Sachsen-  
49 Anhalt. Während die Zahl der HIV-Neuinfektionen in den alten Bundesländern stagniert, steigt sie in  
50 Ostdeutschland seit einigen Jahren wieder kontinuierlich an, leider auch in Sachsen-Anhalt. Nach  
51 Angaben des Robert-Koch-Instituts wurden 2001 noch bei 18 Menschen Neuansteckungen mit HIV in  
52 Sachsen-Anhalt registriert, 2010 waren es bereits 48. Davon sind insbesondere junge Männer  
53 zwischen 15 und 29 Jahren betroffen.

1 Angesichts des alarmierenden Anstiegs der neu Infizierten ist die verstärkte Aufklärung junger  
2 Menschen über HIV und AIDS dringend geboten. Ohne die dringend gebotene Erhöhung der  
3 Zuwendungen durch das Land Sachsen-Anhalt kann die Primärprävention aufgrund der gestiegenen  
4 Zahl der zu betreuenden Klient\*innen nicht mehr in ausreichendem Maß vorgehalten werden.  
5 Gleiches gilt für die umfassende sozialpädagogische Begleitung und Interessenvertretung.  
6  
7 Die Aids-Hilfen in Sachsen-Anhalt stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Hierzulande werden  
8 die Aids-Hilfen nur mit rund 8 Cent je Einwohner\*in gefördert. Damit sind sie im Vergleich zur  
9 Förderung der Aids-Hilfen in den anderen Bundesländern erheblich schlechter aufgestellt – und dass,  
10 obwohl die Zahl der neu mit HIV-Infizierten in unserem Land wieder steigt. Bundesweit gibt nur  
11 Brandenburg gibt weniger Geld für die sexuelle Gesundheit seiner Bürger\*innen.  
12  
13

---

1 Beschluss: D7  
2  
3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion  
4  
5

6 **Gesundheit fördern, falsche Anreize verbieten!**

7  
8 Es ist zu prüfen, wie die anteiligen Beitragsrückerstattungen bzw. Prämienzahlungen durch Wahltarife  
9 gesetzlicher Krankenkassen für die Nichtinanspruchnahme von sinnvollen Vorsorgeleistungen, sowie  
10 medizinisch sinnvollen Leistungen, verboten werden können.  
11

12  
13 **Begründung:**  
14

15 Das Wahltarifmodell einiger gesetzlicher Krankenkassen, das anteilige Beitragsrückerstattung bzw.  
16 von Prämienzahlungen für Versicherte, die ein Jahr lang keine Leistungen in Form von ärztlicher  
17 Behandlung, Arzneiverordnung, Krankenhausbehandlung, Rehabilitationsmaßnahmen usw. in  
18 Anspruch nehmen, stellt einen falschen und nicht zielführenden Anreiz dar. So mögen Versicherte  
19 trotz Krankheit keine medizinischen Leistungen in Anspruch nehmen, um so Beiträge rückerstattet zu  
20 bekommen. Zum Teil besuchen Versicherte über Jahre keine\*n Arzt\*Ärztin, insbesondere  
21 Zahnärzt\*innen, was teils fatale Auswirkungen für diese Versicherten hat.  
22

23 Stattdessen sollten jährliche Gesundheitschecks mit bspw. finanziellen Anreizen verbunden werden,  
24 um eine möglichst nachhaltige Gesundheitsförderung zu erzielen.  
25

26 Hierdurch werden auch Kosten gespart, die durch langfristige und erhebliche Erkrankungen –  
27 resultierend aus fehlender Krankheitsprävention und -behandlung – entstehen würden.  
28

---

29  
30  
31 Beschluss: D8  
32  
33 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag, Juso-  
34 Bundeskongress  
35  
36

37 **Allgemeine anonymisierte Bewerbung durchsetzen**

38  
39 Es sind gesetzliche Regelungen dafür aufzustellen, dass anonymisierte Bewerbungsverfahren  
40 bundesweit Pflicht werden.  
41

42  
43 **Begründung:**  
44

45 Zu oft werden qualifiziert\*e Bewerber\*innen aufgrund ihres Alters, ihres Namens oder ihres  
46 Geschlechts diskriminiert und bei der Job-Bewerbung abgewiesen.  
47

48 Diese Angaben sagen aber nichts über die Qualifikation und Eigenschaften des\*r Bewerbers\*in aus  
49 und sollten daher auch keine Auswirkungen auf die Entscheidung über die Jobvergabe haben. All zu  
50 oft haben psychologische Studien darauf hingewiesen, dass es bei einem Großteil der Bewerbungen  
51 zu Fällen der versteckten Diskriminierung kommt. Um dies zu vermeiden fordern wir, dass ein  
52 Bewerbungs- schreiben nur auf das reduziert wird, was für die objektive Einschätzung des\*r  
53 Bewerbers\*in von Nöten ist. Erste Studien über die Umsetzung in Nordamerika und anderen Teilen  
54 der Welt, weisen auf positive Effekte dieses Verfahrens.

1 <http://www.eurofound.europa.eu/ewco/2008/02/SE0802019I.htm>  
2  
3

---

4  
5 Beschluss: D9

6  
7 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion  
8  
9

10 **Informationspflicht privater Krankenversicherungen in Bezug auf die „Befreiung von der**  
11 **Versicherungspflicht“ bei familienversicherten Jugendlichen**

12  
13 Wir halten an dem Modell der Bürger\*innenversicherung als Ziel der SPD fest. So lange dieses noch  
14 nicht verwirklicht ist, müssen diese Verbesserungen im bestehenden System erfolgen: Die SPD-  
15 Bundestagsfraktion möge sich deshalb für eine Informationspflicht aller privaten Krankenkassen  
16 gegenüber Familien und deren Kinder einsetzen, die bei Aufnahme eines Studiums vor der  
17 Entscheidung zur Fortsetzung der privaten Familienversicherung oder zum Eintritt in die gesetzliche  
18 Krankenversicherung stehen.

19  
20 Konkret sollen Berater\*innen der privaten Krankenkasse dazu verpflichtet werden, ihren Klient\*innen  
21 und deren familienversicherten Kindern die Folgen im Hinblick auf die erschwerten Bedingungen  
22 eines Eintritts in die gesetzliche KV aktiv offen zu legen.  
23

24  
25 **Begründung:**  
26

27 Neben Gutverdienenden sind auch Selbständige und verbeamtete Staatsbedienstete mit geringerem  
28 Einkommen privat versichert. Wie in der staatlichen Versicherung greift auch hier eine  
29 Familienversicherung für Kinder. Diese kann bei Aufnahme eines Studiums des Kindes bis zum 25.  
30 Lebensjahr verlängert werden. Hierzu haben die Kinder bei Aufnahme eines Studiums dann eine  
31 Befreiung von der Versicherungspflicht zu unterzeichnen.  
32

33 Analog zur staatlichen Pflichtversicherung endet die Familienversicherung mit dem 25. Lebensjahr.  
34 Kinder müssen sich fortan selbst privat versichern. Ein Wechsel in die gesetzliche Krankenkasse ist  
35 dabei nur bei Neuaufnahme eines Studiums oder bei Aufnahme eines versicherungspflichtigen  
36 Arbeitsverhältnisses mit einer Vertragslaufzeit von mindestens 12 Monaten möglich. Diese Regelung  
37 stellt gerade junge Menschen vor Probleme, die häufig entweder noch studieren und hier bereits ab  
38 dem 25 Lebensjahr hohe Beiträge der Studententarife zahlen. Diese sind mit ca. 180 Euro dreimal so  
39 hoch wie in staatlichen Versicherungen. Vor besonders großen Problemen stellt die Pflicht zur  
40 Privatversicherung aber junge Berufsanfänger, die entweder nicht sozialversicherungspflichtig  
41 beschäftigt sind, keine vollen Arbeitsstellen haben oder in kurzen Befristungen angestellt sind. Prekär  
42 wird die Situation dann für Mitglieder bei denen gesundheitliche Risiken diagnostiziert wurden. Diese  
43 erhalten große Risikoaufschläge, die bei häufig geringen Einkommen eine ernsthafte  
44 Existenzbedrohung darstellen.

45  
46 Die Situation in denen eine solche Regelung junge Menschen führt, ist in höchstem Maße unsozial  
47 und ungerecht. Dabei ist zu beachten, dass die jungen, berufstätigen Menschen zum einen ein  
48 Anrecht auf selbständige Lebensführung vom Elternhaus haben und dass zum anderen Menschen  
49 betroffen sind, deren Eltern über kein großes Einkommen verfügen.

50 Wenn für diese Gruppe von jungen Menschen schon kein Recht auf Aufnahme in eine staatliche  
51 Krankenversicherung auch nach dem 25 Lebensjahr ermöglicht werden kann, so ist es doch  
52 unabdingbar, dass die Kinder zum Zeitpunkt der Entscheidung über eine Fortsetzung der  
53 Familienversicherung in der privaten Kasse, beim Eintritt in das Studium, in ausreichendem Maße  
54 über die späteren Folgen dieser Entscheidung informiert werden. Die Information über die Folgen und

1 Versicherungsbedingungen der privaten Krankenversicherung nach Ablauf der Familienversicherung  
2 wird in vielen Fällen nur auf konkrete Nachfrage von den privaten Krankenversicherungen gegeben.  
3 Es findet also keine oder eine unzureichende Information statt.  
4

5 Deshalb bitten wir die Bundestagsfraktion der SPD sich für eine Regelung einzusetzen, die  
6 privatversicherten Familien und ihren Kindern fortan eine vollständige Information über die Folgen der  
7 Beibehaltung der privaten Familienversicherung bei Aufnahme eines Studiums zusichert. Vertreter  
8 der Versicherungen sollen aktiv über die Folgen informieren müssen und diese Information  
9 nachweisen.  
10

---

11  
12  
13 Beschluss: D10

14  
15 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag, Juso-  
16 Bundeskongress  
17

### 18 19 **Vergütung während praktischer Phase in Psychotherapeutenausbildung**

20  
21 Das Psychotherapeutengesetz (PsychThG) soll dahingehend verändert werden, dass angehenden  
22 Psychotherapeut\*innen während der vorgeschriebenen praktischen Tätigkeit eine Vergütung analog  
23 der beruflichen Qualifikation (Masterabschluss/ Diplom) in Entgeltgruppe 13 TVöD/TVL über die  
24 Personalbudgets der anerkannten Betriebe und Einrichtungen erhalten.  
25

#### 26 27 **Begründung:**

28  
29 Derzeit erhalten Personen während der Psychotherapeutenausbildung für ihre praktische Phase oft  
30 weniger als 400,-€ und müssen ihre Krankenversicherung selbst übernehmen. Durch die Ausbildung  
31 sind diese Personen aber nicht Arbeitslosengeld berechtigt und können daher ihr Einkommen neben  
32 der, in der praktischen Phase, Vollzeittätigkeit nicht weiter aufstocken. Ebenso sind sie nicht  
33 berechtigt den studentischen Krankenversicherungsbeitrag zu bezahlen, da sie nebenberufliche  
34 Auszubildende mit abgeschlossenem Studium sind. Da eine Psychotherapeutenausbildung aber nur  
35 mit abgeschlossenem Hochschulstudium zu ergreifen ist, kommt es hier für betroffene Personen zu  
36 einer finanziellen Notlage, die nicht hinzunehmen ist. Aus diesem Grund müssen gesetzliche  
37 Rahmenbedingungen geschaffen werden, die ein „Ausnutzen“ verhindern und ein lebensnotwendiges  
38 Einkommen gewährleisten. Verdi empfiehlt eine Vergütung in der Weiterbildung analog der  
39 beruflichen Qualifikation (Masterabschluss/ Diplom) in Entgeltgruppe 13 TVöD/TVL über die  
40 Personalbudgets der anerkannten Betriebe und Einrichtungen.  
41

---

42  
43  
44 Beschluss: D11

45  
46 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion  
47

### 48 49 **Stärkung des Medien-Pädagogischen Bereich der Sozialen Arbeit**

50  
51 Die SPD-Landtagsfraktion möge sich verstärkt dafür einsetzen, den Medien-Pädagogischen Bereich  
52 der Sozialen Arbeit in Sachsen-Anhalt zu stärken (insbesondere in Kooperation mit Schulen).  
53  
54



1 **Begründung:**  
2

3 In Sachsen-Anhalt sind hauptsächlich zwei Verbände (namentlich fjp>media und die Medienanstalt  
4 Sachsen-Anhalt (MSA)) für die Abdeckung von medienpädagogischen Angeboten zuständig. Diese  
5 erstrecken sich über Soziale Netzwerke Seminare, Brickfilme, die Betreuung von Schülerzeitungen,  
6 Weiterbildung von Lehrer zum Thema Cybermobbing sowie vieles weitere.  
7

8 Dabei wird im besonderen fjp>media durch das Landesjugendamt dazu verpflichtet eine Unzahl an  
9 Elternabenden in Magdeburg, der Börde sowie der Altmark dazu abzuhalten. Dies führt zu einem  
10 unglaublich hohem Arbeitspensum, sowie einer Belastung des täglichen Angebots.  
11

---

12  
13  
14 **Beschluss:** D12

15  
16 **Weiterleitung an:** SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, SPD-  
17 Bundestagsfraktion  
18  
19

20 **Verkürzung von Wartezeiten bei Behandlung psychischer Krankheiten**

21  
22 Die Voraussetzungen, die durch die kassenärztlichen Vereinigungen zur Behandlung psychischer  
23 Erkrankungen geschaffen werden, sind mangelhaft und müssen verbessert werden. Im Zuge dessen  
24 gilt es, unter anderem die folgenden Punkte zu überprüfen:  
25

- 26 1. Erhöhung der Anzahl der Kassenzulassungen für ärztliche und psychologische  
27 Psychotherapeut\*innen  
28  
29 2. Schaffung einer zentralen Informationsstelle bei der freie Behandlungsplätze registriert werden und  
30 von Patient\*innen erfragt werden können  
31

32 Bis eine angemessene Versorgungssituation geschaffen ist, soll darüber hinaus eine  
33 Übergangslösung in Kraft treten. Im Rahmen dieser sollen die Voraussetzungen zur Übernahme von  
34 Therapiekosten durch die Krankenkassen bei Behandlung in nicht kassenzugelassenen Praxen  
35 gesenkt werden. Dies gilt jedoch explizit nur für Therapeut\*innen mit einschlägig anerkannter  
36 ärztlicher und psychologischer Psychotherapieausbildung.  
37

38 **Begründung:**  
39

40 Einem Report der Barmer GEK, der im Juli 2011 veröffentlicht wurde ist zu entnehmen, wie deutlich  
41 der Anstieg psychischer Krankheiten in den letzten Jahren war. Die Zahl der Betroffenen unter den  
42 Versicherten hat in den vergangenen Jahren um 129 Prozent zugenommen.  
43

44 Dieser Umstand ist insbesondere dann kompliziert, wenn man bedenkt, dass bisher die  
45 Bedarfszahlen für Psychotherapeut\*innen in Deutschland zu großen Teilen auf Erhebungen aus dem  
46 Jahr 1999 basieren und damals schon von den Psychotherapeut\*innen als deutlich zu niedrig  
47 eingestuft worden.  
48

49 Trotz der neuen Bedarfsplanungs-Richtlinie vom Dezember 2013 stehen sowohl viele  
50 Therapeut\*innen als auch die Psychotherapeutenkammern einer deutlichen Verbesserung der  
51 Situation mit Skepsis gegenüber.  
52

53 Neben der Erhöhung von Kassenzulassungen ist daher über weitere Schritte nachzudenken. Die  
54 Erleichterung der Übernahme von Kosten von Praxen ohne Kassenzulassung durch die

## Antragsbereich C – Innen-, Außen- und Kommunalpolitik

1 Krankenkassen wäre dabei ein erster praktikabler Schritt, da diese Praxen oft deutlich geringere  
2 Wartezeiten aufweisen.

3

4 Die Schaffung einer zentralen Informationsstelle über freie Behandlungsplätze hätte wiederum den  
5 Vorteil Patienten das Abtelefonieren von Listen zu ersparen und eine gleichmäßige Versorgung zu  
6 gewährleisten.

7

8

---

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36

Beschluss: E2

Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion

### **Anforderungen an den nächsten Bundesverkehrswegeplan**

Für den neuen Bundesverkehrswegeplan setzen wir uns den vorrangigen Erhalt vom bestehenden Verkehrsnetz ein. Der Bau von gänzlich neuen Autobahnprojekten sollte grundsätzlich nicht mehr möglich sein. Auch bei anderen Straßenneubauprojekten soll zunächst der Ausbau bestehender Strecken geprüft werden. Den Ausbau von Schienen und den Erhalt von Wasserwegen für den Güterverkehr sehen wir hingegen als notwendigen Bestandteil des Bundesverkehrswegeplans an.

Bei der Planung der Strecken ist auf die derzeit geltenden Naturschutzauflagen zu achten, um etwaigen Verzögerungen durch Verbandsklagen vorzubeugen. Insbesondere ist im Einzelfall zu prüfen, ob die Umleitung von Streckenteilen oder der Bau von Brücken oder Tunneln nicht zum Erhalt von Naturschutzgebieten beitragen kann. Entstehende Merkkosten für Naturschutz müssen in die Projektbudgets berücksichtigt werden.

#### **Begründung:**

Der letzte Bundesverkehrswegeplan und die aktuellen Verfahren zur Planung und Durchführung von Verkehrsbauprojekten machen Deutschland zu einem Flickenteppich aus fertigen und unfertigen Autobahnteilstücken, Eisenbahntrassen und Schifffahrtskanälen. Die Lücken sind überwiegend durch mangelhafte Planung und Nichtbeachtung von Naturschutzauflagen und Bürgerinteressen zurückzuführen. Durch die immer weiteren Entfernungen, die Menschen und Güter zurücklegen müssen, sind wir stärker denn je auf eine sichere und verlässliche Verkehrsplanung angewiesen. Deswegen müssen auch die Anforderungen an den nächsten Bundesverkehrswegeplan entsprechend hoch sein.

---

1 Beschluss: E3  
2  
3 Weiterleitung an: über den SPD-Landesparteitag und SPD-Bundesparteitag an die SPD-  
4 Bundestagsfraktion  
5  
6

7 **Erlass der Umsatzsteuer für CO2-neutrale Fahrzeuge**

8  
9 Die SPD-Bundestagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass bei einem Neukauf von Fahrzeugen mit  
10 CO2-neutralen Antrieben keine Umsatzsteuer mehr erhoben wird.  
11

12  
13 **Begründung:**  
14

15 Das von Angela Merkel ausgegebene Ziel von einer Million E-Autos auf deutschen Straßen bis 2020  
16 wird immer unwahrscheinlicher. Dabei sollten die CO2-neutralen Fahrzeuge dazu beitragen, dem  
17 Klimawandel ein Stück weit Einhalt zu gebieten. Für das hochgesteckte Ziel wurde Seitens der  
18 Bundesregierung bislang nur wenig unternommen. Das Erlassen der KFZ-Steuer für zehn Jahre war  
19 zwar ein Anfang, bringt allerdings nicht den Anreizeffekt, der für eine Belebung des Marktes in diesem  
20 Segment notwendig wäre. Das Absenken der Umsatzsteuer für die erwähnten Fahrzeuge würde  
21 genau diesen Effekte bewirken und damit einen Teil zum Erfolg CO2-neutraler Fahrzeuge beitragen.  
22 Bei ca. 6 Tsd. Neuzulassungen in 2013 würde den Wegfall der USt. den Bundeshaushalt mit 40 Mio.  
23 € belasten (bei durchschnittl. 35 Tsd. € Bruttopreis pro neu zugelassenen Wagen). Gemessen an  
24 dem zu erwartenden Gewinn für Umwelt und Mensch eine überschaubare Haushaltsbelastung.

1  
2  
3  
4 Beschluss: E4

5  
6 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion  
7  
8

9 **Fertigstellung der Bundesautobahnen A14 und A143**

10  
11 Die SPD setzt sich für die schnelle Fertigstellung der Bundesautobahnen A14 und A143 ein. Die  
12 offenen privatrechtlichen Streitfragen der geplanten Streckenabschnitte sind vorrangig zu klären. An  
13 allen künftigen Planungen müsse die Bürger\*innen schon frühzeitig noch mehr beteiligt werden, um  
14 großen Klagewellen vorzubeugen.  
15

16  
17 **Begründung:**

18  
19 Das in 2004 von der rot-grünen Regierung auf den Weg gebrachte Projekt „A14“ ist von Vorteil für die  
20 Altmark-Region und für ganz Mitteldeutschland. Auch der Zusammenschluss der Autobahnen A38  
21 und A14 nördlich von Halle ist für die Anbindung des südlichen Sachsen-Anhalts an die nördlichen  
22 Landesteile von großer Bedeutung.  
23

24 Zum einen haben Pendler\*innen durch die Autobahnen die Möglichkeit, trotz weiter Arbeitswege in  
25 der Region wohnen zu bleiben. Zum anderen werden ansässige Unternehmen über eine bessere  
26 logistische Anbindung verfügen. Auch die Chance für Unternehmensneuansiedlungen, der  
27 verbesserte Transitverkehr und die verkehrstechnische Erschließung für Tourist\*innen sind  
28 Argumente für eine schnelle Fertigstellung Autobahnteile.  
29

30  
31  
32 Beschluss: E5

33  
34 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Kreistagsfraktionen  
35  
36

37 **Kurze Beine, kurze Wege – Landkreise sollen ihrer Verantwortung bei der Schülerbeförderung**  
38 **nachkommen**

39  
40 Die Jusos Sachsen-Anhalt sprechen sich dafür aus, dass Schulwege für Grundschüler\*innen bei  
41 organisiertem Schülerverkehr mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln nicht länger als 30 Minuten dauern  
42 sollen.  
43

44 In den Landkreisen sollen Satzungen zur Schülerbeförderung geschaffen bzw. dahin gehend  
45 geändert werden, dass als maximale Zeitdauer für die Schulwege der Grundschüler 30 Minuten  
46 festgelegt werden und dementsprechend organisiert werden.  
47

48  
49 **Begründung:**

50  
51 Der Schüler\*innenverkehr wird von den Landkreisen organisiert bzw. bestellt, daher können sie, wie  
52 im Landkreis Stendal schon geschehen, in ihren Schülerbeförderungssatzungen eigene Festlegungen  
53 zur maximalen Dauer von Schulwegen festlegen. Nach richterlichen Entscheidungen gilt, sofern die  
54 Landkreise keine eigenen Regelungen erlassen haben, eine maximale Dauer für eine Fahrtstrecke für

## Antragsbereich E – Umwelt, Verkehr und Energie

- 1 Grundschüler\*innen von 45 Minuten. Dies bedeutet, dass sechs- bis zehnjährige Kinder am Tage bis  
2 zu 90 Minuten für ihren Schulweg unterwegs sein könnten. Dies ist zu lang!  
3
- 4 Häufiger Grund für die langen Schulwege ist nicht ein zu „dünnem“ Netz an Grundschulen, sondern  
5 die Organisation des Schüler\*innenverkehrs. Häufig wird nicht der direkte Weg zu den Grundschulen  
6 (Sternfahrten) genommen, sondern es werden Umwege über mehrere Dörfer (Schneckenfahrten)  
7 genommen. Oft wird auch mit dem vom Land bezahlten Schüler\*innenverkehr auch der öffentliche  
8 Nahverkehr in den jeweiligen Landkreisen organisiert, was ein Grund für diese Schneckenfahrten ist.  
9
- 10 Die Landkreise sollen einen schüler\*innengerechten Schüler\*innenverkehr organisieren.  
11  
12  
13
-

1 Beschluss: O1  
2  
3 Weiterleitung an: Juso-Landesvorstand  
4  
5

## 6 **Unser Weg zur Freiheit – ein Verbandsprojekt**

7  
8 Für die Landesdelegiertenkonferenz hat sich der Juso-Landesverband entschieden, das Thema  
9 Freiheit in den Mittelpunkt zu stellen. Jedoch stellen sich, wenn Freiheit sozialistisch definiert werden  
10 soll, für den Juso-Landesverband viele Fragen, die bisher nicht ausreichend bearbeitet und  
11 beantwortet wurden. Die Jusos Sachsen-Anhalt rufen deshalb ein Verbandsprojekt ins Leben, dass  
12 sich mit dem Thema Freiheit und damit im Zusammenhang stehend mit Emanzipation, Sicherheit,  
13 sowie Eigentum und damit auch mit der Frage des Kapitalismus beschäftigt. Die in der  
14 Anlage/Begründung angefügten Thesen können als Grundlage für das Verbandsprojekt dienen.

### 15 **Begründung:**

#### 16 **Thesenpapier: Unser Weg zur Freiheit**

17  
18 Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Ihr  
19 Zusammenspiel bildet die Grundlage unserer politischen Ziele und unseres politischen Handelns.  
20 Diese Werte stehen gleichwertig nebeneinander – kein Grundwert darf über einen anderen gestellt  
21 werden. Wird Solidarität bedingungslos, so leiden Freiheit und Gleichheit darunter. Verliert die  
22 Gleichheit das Gefühl für die individuellen Voraussetzungen, so leiden Solidarität und Freiheit. Und  
23 wird Freiheit absolut, so gehen Gleichheit und Solidarität verloren. Spätestens mit der Durchsetzung  
24 des Finanzmarktkapitalismus ist ein solches Ungleichgewicht in unserer Gesellschaft entstanden. Der  
25 Freiheitsbegriff wurde von der neoliberalen Idee der ultimativen Freiheit des Individuums gekapert.  
26 Freiheit heißt im heutigen Zeitgeist: Jeder Mensch kann und soll im Rahmen seiner individuellen  
27 Möglichkeiten selbstbestimmt leben können. Ein Satz, dem die meisten Menschen auf dem ersten  
28 Blick wohl schnell zustimmen werden. Beim zweiten Blick darf jedoch die entscheidende  
29 Einschränkung nicht übersehen werden: im Rahmen der individuellen Möglichkeiten.  
30  
31

32 Im Hamburger Grundsatzprogramm der SPD wird Freiheit als Möglichkeit gesehen, selbstbestimmt  
33 zu leben. Jeder Mensch sei zur Freiheit berufen und befähigt. Ob er dieser Berufung entsprechend  
34 leben kann, entscheide sich in der Gesellschaft. Er müsse frei sein von entwürdigenden  
35 Abhängigkeiten, von Not und von Furcht, und er müsse die Chance haben, seine Fähigkeiten zu  
36 entfalten und in Gesellschaft und Politik verantwortlich mitzuwirken. Nur wer sich sozial ausreichend  
37 gesichert weiß, könne seine Freiheit nutzen. Die Freiheit des Einzelnen ende, wo sie die Freiheit des  
38 Anderen verletzt. Wer anderen Unfreiheit zumutet, könne auf Dauer selbst nicht frei sein.  
39

40 Freiheit als Grundwert des Demokratischen Sozialismus bedeutet somit, selbstbestimmt zu leben und  
41 dazu tatsächlich auch alle Möglichkeiten zu haben. Es ist ein Freiheitsbegriff, der nicht nur erkennt,  
42 dass Menschen in ihrer Freiheit mehr oder weniger durch ihren Lebenskontext abhängig sind,  
43 sondern der diese Abhängigkeit durchbrechen möchte: durch die (I) Emanzipation der Menschen zur  
44 Freiheit, (II) die Herstellung von (sozialer) Sicherheit und (III) die Auflösung der Abhängigkeit der  
45 individuellen Freiheit vom Eigentum, als grundlegende Bedingung für eine echte freiheitliche,  
46 emanzipatorische Gesellschaft.  
47

#### 48 **(I) Emanzipation und Freiheit**

49 Emanzipation ist ein wichtiges Synonym für Freiheit, denn sie beinhaltet sowohl ein Mehr an Freiheit,  
50 als auch den Prozess zu diesem Mehr an Freiheit. Eine Gesellschaft, in der Freiheit eine der  
51 Grundsäulen darstellt, setzt emanzipierte Mitglieder voraus. Emanzipiert in jenem Sinne, dass ihnen  
52 (a) Freiheit gewährt wird und sie (b) dazu in der Lage sind, diese auch zu nutzen. Voraussetzung für  
53 derart emanzipierte Menschen ist (a) eine gesellschaftliche Grundlage, die auf Vielfalt setzt und  
54 Entwicklungsräume bietet, und (b) ein Bildungswesen, dass statt Ausbildung freie, ungezwungene  
55 Bildung und Wahlmöglichkeiten bietet und somit zur Nutzung der Freiheit befähigt. Emanzipation

1 resultiert somit aus und gleichzeitig in (a) der Freiheit von Diskriminierung und (b) der tatsächlichen  
2 Freiheit zur Beschreitung des eigenen Lebensweges.

3  
4 „Dir stehen doch alle Türen offen, du musst nur eine aussuchen und hindurchgehen“. Diesen Satz  
5 bekommen in der ein oder anderen Variante viele Menschen in unserer Gesellschaft zu hören. Dieser  
6 Satz soll sagen: Es gibt unzählige Wahlmöglichkeiten, es besteht eine grenzenlose Freiheit, man  
7 muss sein Glück nur beim Schopfe packen, jeder ist seines Glückes Schmied etc. Tatsächlich bleiben  
8 viele Türen für viele Menschen verschlossen – sie werden diskriminiert: (außer)schulische Förderung  
9 und Freizeitangebote kann man nur mit Geld kaufen, die eingetragene Partnerschaft zwischen Mann  
10 und Frau wird vom Gesetzgeber gegenüber anderen Lebensgemeinschaften privilegiert, in  
11 Deutschland Schutz suchende Menschen dürfen hier nicht arbeiten und sich oftmals nicht einmal frei  
12 bewegen. Diesen Menschen bleiben bestimmte Türen verschlossen.

13  
14 Doch selbst wenn die Türen theoretisch unverschlossen sind: Nicht jeder hat die Mittel, sie zu öffnen  
15 bzw. zu durchschreiten: Kinder aus benachteiligten Elternhäusern starten bereits mit Schwierigkeiten  
16 in ihre Schullaufbahn und landen somit überproportional häufig in Bildungsgängen, in denen sie ihr  
17 Potenzial nicht entfalten können. Frauen sind zwar rechtlich gleichgestellt, werden aber nach wie vor  
18 strukturell gegenüber Männern benachteiligt. Die vollwertige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben –  
19 seien es der Besuch von Kultureinrichtungen und -veranstaltungen oder einfach nur die Benutzung  
20 des öffentlichen Nahverkehrs – kosten Geldsummen, die das Vermögen vieler Menschen stark  
21 belasten oder gar überschreiten.

22  
23 So selbstverständlich, wie es der Zeitgeist uns Glauben machen will, sind eine emanzipierte Teilhabe  
24 an der Gesellschaft und somit ein Leben und eine Entwicklung in Freiheit nicht. Im Gegenteil: Bei  
25 genauerer Betrachtung entpuppt sich hier Freiheit als zynische Illusion für viele und als erlesenes  
26 Privileg für wenige. Freiheit heute setzt materiellen Wohlstand voraus, der nur wenigen vergönnt ist,  
27 während andere ganz in der beruhigenden Logik einer Wohlfahrtstechnokratie mit Almosen – zum  
28 Teil im wahrsten Sinne des Wortes – abgespeist werden.

### 29 30 **(II) Sicherheit und Freiheit**

31 Nirgendwo sonst ist ein Spannungsverhältnis der Freiheit so offensichtlich wie das zur Sicherheit. Im  
32 politischen Diskurs stehen sich Freiheit und Sicherheit unversöhnlich gegenüber. Bei genauerem  
33 Hinsehen jedoch muss man feststellen, dass das Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit deutlich  
34 ambivalenter ist, als es auf den ersten Blick zu sein scheint.

35  
36 **Sicherheit ist Freiheit:** Frei ist nur, wer sich sicher sein kann, dass er auch künftig sein Leben  
37 selbstbestimmt führen kann. Das bedeutet, dass jeder Mensch zum Einen keine menschliche oder  
38 staatliche Willkür befürchten muss und zum anderen auch frei von jeglichen materiellen und  
39 gesellschaftlichen Existenzängsten ist. Unser Grundgesetz mit all seinen verbrieften  
40 Menschenrechten und bürgerlichen Freiheiten wäre nur ein Stück Papier, wenn diese Rechte und  
41 Freiheiten vor menschlicher und staatlicher Willkür nicht von einem staatlichen Gewaltmonopol  
42 garantiert und durchgesetzt werden. Damit wird zwar die Freiheit einiger Einzelner partiell  
43 eingeschränkt, die Freiheit aller aber garantiert. Deshalb ist der Staat mit seinem Gewaltmonopol ein  
44 Garant der Freiheitsrechte aller.

45  
46 **Sicherheit ist Repression:** In einer kapitalistischen Gesellschaft wie der unseren wird auch das  
47 Recht auf Eigentum vom staatlichen Gewaltmonopol gesichert. Dies umfasst vor allem Eigentum an  
48 Produktionsmitteln. Da diese durch Überreste feudaler Eigentumsverteilung und Akkumulation enorm  
49 ungleich verteilt sind, führt das staatlich durchgesetzte Recht auf Eigentum zu einer Zementierung  
50 dieser Eigentumsverhältnisse. In diesem Sinne ist Sicherheit die Sicherung der ungleichen  
51 Eigentumsverhältnisse und der damit verbundenen Abhängigkeiten eines überwiegenden Teils der  
52 Menschen. Grundlage des Überlebens all jener, die ohne Eigentum an Produktionsmitteln sind, ist in  
53 einer kapitalistischen Gesellschaft der Verkauf der eigenen Arbeitskraft. Jedoch ist die Teilhabe am  
54 gesellschaftlichen Produktionsprozess eine existenzielle Voraussetzung für das menschliche Leben.  
55 Nur wer am gesellschaftlichen Produktionsprozess und dessen Produkten durch den Verkauf seiner



1 Arbeitskraft teilhaben kann, ist auch in der Lage seine Existenz zu sichern. All jene, die vom  
2 gesellschaftlichen Produktionsprozess ausgeschlossen sind, weil ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigt  
3 wird, oder die Bedingungen für die Verwertung von Arbeitskraft nicht gegeben ist, befinden sich  
4 zwangsweise in ernsthaften Existenznöten.

5 Damit verbunden ist eine gesellschaftliche Instabilität, die es erforderlich macht, mit noch  
6 entschiedeneren Härte die Eigentumsordnung aufrecht zu erhalten. Das bedeutet, dass der Staat  
7 mehr in seine Sicherheits- und Überwachungssysteme investieren muss. In Folge dessen wird eine  
8 deutliche Tendenz sichtbar: die Entwicklung zum repressiven Präventivstaat, der die Privatsphäre  
9 zerstört und die private Freiheit jedes Einzelnen.

### 11 (III) Verbandsprojekt: Die Eigentumsfrage

12  
13 Wir alle machen die ständige Erfahrung, dass der Gebrauch von Freiheit in allen Lebensbereichen  
14 auch die Verfügbarkeit über Einkünfte, also das Vorhandensein ausreichender finanzieller Mittel  
15 voraussetzt. Wir sind deshalb der Auffassung: **Diskriminierung und fehlende Bildungschancen,**  
16 **Unterdrückung und materiellen Unsicherheit haben ihren Ursprung in der Eigentumsfrage:**  
17 Zwar hat der Staat uns Bürger\*innen alle zu freien Eigentümer\*innen ernannt. Er hat aber den  
18 Grundkonflikt dieser Gesellschaft zwischen den Eigentümer\*innen, die über Kapital in Form von  
19 Produktionsmitteln und Geld verfügen, und denjenigen, deren gesamte ökonomische Existenz auf der  
20 Vermarktung ihrer Arbeitskraft beruht, nicht aufgehoben.

21 Im Mittelpunkt unseres politischen Handelns sollen nun gerade diejenigen stehen, die als  
22 Voraussetzung zur gesellschaftlichen Teilhabe und Wahrnehmung ihrer Freiheitsrechte auf den  
23 Verkauf ihrer Arbeitskraft, also die Erzielung von Erwerbseinkünften angewiesen sind, sowie solche  
24 Mitbürger\*innen, die aus höchst unterschiedlichen, individuellen Gründen eingeschränkt oder  
25 gehindert sind, solche Einkünfte zu erzielen und deshalb überwiegend oder ausschließlich von  
26 gesellschaftlichen Leistungen ihren Lebensunterhalt bestreiten. Wir wissen, dass Armut eine  
27 empfindliche Einengung der Lebenschancen bewirkt und der Kampf gegen die Armut zugleich ein  
28 Kampf für die Freiheit ist.

#### 30 *These 1: Bürgerliche Freiheiten als Ende der Geschichte?*

31 „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“ heißt es im ersten Artikel der  
32 allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und die bürgerlichen Parteien lassen kaum eine  
33 Gelegenheit ungenutzt um zu erklären, dass dieser Traum in Deutschland erfüllt sei. Tatsächlich sind  
34 Leibeigenschaft und Sklaverei verboten und immer weiter marginalisiert worden, sodass die  
35 durchschnittlichen Bürger\*innen in Deutschland keinen Adeligen mehr gehören, sondern persönlich  
36 frei sind. Trotzdem garantiert auch die endlich zu verwirklichende Idee der „frei und gleich geborenen“  
37 Menschen nicht die Freiheit, die wir im Zuge des demokratischen Sozialismus anstreben, wenn nicht  
38 gleichzeitig die gesellschaftlichen Realitäten kritisiert werden und das Eigentumsprinzip abgeschafft  
39 wird.

#### 41 *These 2: Das Eigentumsprinzip*

42 Diese Abschaffung bedeutet weder das Ende der eigenen Zahnbürste noch den drohenden Verlust  
43 des sonstigen persönlichen Besitzes, sondern meint die Wandlung der Mittel, die den  
44 gesellschaftlichen Reichtum generieren, von dem Privateigentum einiger weniger hin zum  
45 gesellschaftlichen Eigentum aller. In der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung gehören diese Mittel  
46 einigen Personen, während alle anderen für diese arbeiten müssen und abhängig von dem an sie  
47 gezahlten Lohn sind, welcher nicht zum Aufbau eigener Mittel reichen kann, da die Abhängigen ihren  
48 Lohn in erster Linie zum Kauf von Waren verwenden müssen, die sie zwar selbst produziert haben,  
49 deren Wert aber immer höher ist als ihre Entlohnung.

#### 51 *These 3: Freiheit oder Konflikt?*

52 In der bürgerlichen Gesellschaft lassen sich also zwei Gruppen feststellen: Die einen arbeiten und  
53 konsumieren, während die anderen profitieren (Arbeit wird unter Wert bezahlt, Waren werden mit  
54 Gewinn verkauft), wobei sich diese Teilung nicht durchbrechen lässt, da die Entlohnung der Arbeit der  
55 einen nicht ausreichen kann ohne den Profit der anderen nicht zu schmälern. Damit offenbart die

1 allgemeine Vorstellung von Freiheit auch ihren doppelten Charakter, da die Idee von „Freiheit und  
2 Gleichheit“ zwar vollkommen richtig ist, das Eigentum an den produzierenden Mitteln aber zwei  
3 ungleiche Gruppen hervorbringt, was bedeutet, dass die herrschende Freiheit darin besteht, dass  
4 Menschen, die einen (Niedrig-)Lohn beziehen, und Eigentümer\*innen das gleiche Recht auf ihr  
5 “Eigentum” haben, wovon aber offensichtlich nicht gleichermaßen profitiert wird. Beide können zwar  
6 bei der Bundestagswahl ihr Kreuz machen, prekär Beschäftigte können aber ihre materiellen  
7 Bedürfnisse nicht befriedigen und sind dazu gezwungen immerzu für Lohn zu arbeiten.

### 8 9 *These 4: Staatliche Repression und Eigentum*

10 Hier wird die Frage aufgeworfen, inwiefern eine Eigentumsordnung, die offensichtlich dazu führt, dass  
11 die Arbeit unter ihrem Wert bezahlt wird und die Menschen ohne Eigentum an Produktionsmitteln nur  
12 in absoluten Ausnahmefällen in den Kreis der Eigentümer\*innen aufsteigen können, überhaupt  
13 existieren kann. Primär lässt sich dazu feststellen, dass diese Ordnung staatlich garantiert wird und  
14 man zwar im Sinne der bürgerlichen Freiheiten Anträge einbringen, die Idee einer Gesellschaft ohne  
15 Eigentum aber nicht in die Tat umsetzen kann ohne verfolgt, verhaftet und verurteilt zu werden.

### 16 17 *These 5: Eigentum und Diskriminierung*

18 Jenseits dieser gewalttätigen Garantie des Bestehenden besteht ein wesentlicher Faktor darin, dass  
19 die Gruppe der Menschen ohne Eigentum nicht homogen ist, sondern unterschiedliche  
20 Unterdrückungsformen aufweist. So müssen Angestellte, die mit ihrem Gehalt zur oberen  
21 Mittelschicht gehören würde, zwar jeden Wochentag ihre Arbeitskraft verkaufen, stehen in  
22 Konkurrenz zu ihren Büro-Nachbar\*innen und müssen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes immer die  
23 massive Verschlechterung ihrer Lebensqualität befürchten, allerdings wird die in der klassischen  
24 bürgerlichen Ehe für Haus und Kind zuständige Frau\* für die geleistete Haus- und Sorgearbeit  
25 überhaupt nicht entlohnt, womit ein Großteil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit keine direkten  
26 Kosten für die Eigentümer\*innen verursacht. Daraus resultieren Abhängigkeit von und potentielle  
27 Unterdrückung der sorgenden Person durch die lohnabhängige Person, wobei dieser Zustand vom  
28 Staat als Garantiemacht der Eigentumsordnung nicht nur geduldet wird, sondern durch Vorrichtungen  
29 wie das so genannte „Ehegatten-Splitting“ forciert wird. Da Frauen\* die bürgerlichen Rechte nicht  
30 mehr so vehement verwehrt werden wie noch vor wenigen Jahren, brechen sie nun aus dem  
31 Konstrukt Ehe aus und werden selbst zu Lohnabhängigen, womit sie sich das doppelte Schicksal der  
32 persönlichen Freiheit und der Ausbeutung mit den anderen Lohnabhängigen teilen dürfen und  
33 müssen, beziehungsweise durch niedrige Löhne, Abwertung so genannter „Frauenberufe“ und die  
34 „Doppelbelastung“ durch Familie und Beruf besonders ausgebeutet werden. Dies liegt daran, dass  
35 ihre systemische vorherige Funktion als unbezahlte und abhängige Arbeitskräfte sie in Konkurrenz zu  
36 den etablierten männlichen\* Lohnabhängigen in einem männlich\* dominierten und sexistischen  
37 Arbeitsmarkt unterdrückt. Ähnliches gilt für Migrant\*innen, die vom Staat besonderen Restriktionen  
38 und dem Rassismus der Mehrheitsgesellschaft ausgesetzt sind und deshalb leichter ausgebeutet  
39 werden können, was auch zu dem die Eigentumsordnung stabilisierenden Effekt führt, dass der  
40 genannte Angestellte der obere Mittelschicht sich auch ohne relevantes Eigentum „eigene“  
41 Angestellte leisten kann. Auch wenn Gruppen wie diese immer besonders von verschärfter  
42 Ausbeutung betroffen sind, hat gerade die Politik der letzten zehn Jahre einiges dafür getan, prekäre  
43 Beschäftigung auszuweiten und in die Mehrheitsgesellschaft zu tragen.

### 44 45 **(IV) Zielstellung: Unser Weg zur Freiheit**

46  
47 Die Beantwortung der oben stehenden Thesen ist zentral, um die grundlegende Ausrichtung der  
48 Jusos Sachsen-Anhalt zu bestimmen. Sie sind grundlegend, weil sie die Frage aufwerfen, inwiefern  
49 wir Jusos Sachsen-Anhalt im Interesse der Mehrzahl der Menschen für eine andere Gesellschaft, für  
50 ein anderes Wirtschaften, für Freiheit, Gleichheit und Solidarität eintreten und kämpfen.

51  
52 Auch wenn sich, diesen Thesen folgend zumindest innerhalb der bestehenden Ordnung kaum etwas  
53 zur Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln unternehmen lässt, gibt es doch einige  
54 Ansätze für eine darüber hinausweisende Politik. Der Staat muss in dem Interessenwiderspruch aktiv  
55 Partei für die Arbeitenden ergreifen, er muss ihnen die rechtlichen Mittel geben und ihnen die

1 rudimentärsten Ansprüche sichern. Darüber hinaus darf der Sozialstaat sich nicht auf seine  
2 eigentliche Funktion, also den Erhalt der Reproduktionsfähigkeit der Arbeitenden beschränken,  
3 sondern muss die materielle Unsicherheit der Menschen bekämpfen und damit ein Mindestmaß an  
4 persönlicher Freiheit sichern.

5  
6 Wenn wir als Jusos bei den unmittelbaren Nöten ansetzen, können wir innerhalb eines die  
7 Eigentumsordnung repressiv sichernden Systems die Basis für die Überwindung desselben schaffen.  
8 Dies schließt die Diskussion über eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit ein, damit wir  
9 langfristig der Freiheit im Sinne unserer Werte des demokratischen Sozialismus näherkommen.  
10 Wollen wir Jusos Sachsen-Anhalt darüber hinaus für einen demokratischen Sozialismus kämpfen?  
11 Wollen wir eine Gesellschaft ohne Diskriminierung, ohne Repression, Abhängigkeit, Ausgrenzung  
12 erstreben? Und wenn ja, muss dies eine Gesellschaft ohne Eigentum sein? Wenn ja, dann gilt es  
13 Antworten zu finden: Wie kann eine solche Gesellschaft entwickelt werden, wo setzen wir  
14 innerparteilich und wie gesellschaftlich an.

---

16  
17  
18 Beschluss: O2

19  
20 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand und den  
21 SPD-Bundesparteitag, Juso-Bundeskongress

### 22 23 24 **Echte Menschenbilder in der SPD**

25  
26 Die SPD-Gliederungen verpflichten sich, fotografische Darstellungen von Personen nicht zum  
27 Zweck der Retusche von zur Erfüllung gesellschaftlich normierter Schönheitsideale zu bearbeiten  
28 bzw. bearbeiten zu lassen bzw. bearbeitete Bilder zu verwenden.

#### 29 30 31 **Begründung:**

32  
33 Die SPD und die Jusos setzen sich für menschliche Darstellung von Personen ein und wollen ein  
34 Vorbild für Werbe- und Modeindustrie sein, in dem sie selbst Menschen darstellt wie sie sind.  
35 Akzeptanz für Schönheitsfehler kann nur befördert werden, in dem eigene Fehler offen dargestellt  
36 werden.

1 Beschluss: O3

2  
3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand und die  
4 SPD-Landesgeschäftsstelle  
5  
6

7 **SPD-Konten nur bei gemeinwohlverpflichteten oder genossenschaftlich organisierten Banken**  
8 **oder Sparkassen**

9  
10 Alle SPD-Gliederungen in Sachsen-Anhalt (einschließlich des Landesverbandes im Ganzen) führen  
11 ihre Konten zukünftig ausschließlich bei dem Gemeinwohl verpflichteten Banken/Sparkassen bzw.  
12 Genossenschaftsbanken.

13 Zur Umstellung der Konten kommt ihnen eine angemessene Frist von zwei Jahren zu. Auf dem  
14 nächsten Landesparteitag wird der\*die leitende Landesgeschäftsführer\*in über die Umsetzung dieses  
15 Beschlusses entsprechend Bericht erstatten.  
16

17  
18 **Begründung:**

19  
20 Zu den Grundwerten der SPD gehören Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Insbesondere die  
21 Solidarität erfordert eine eigene Gemeinwohlorientierung woraus wiederum eine (soweit dies möglich  
22 ist) Unterstützung gemeinwohlorientierter Geschäftsmodelle abgeleitet werden kann. Aus diesem  
23 Grund dürfen durch die SPD und damit mittelbar durch die Beiträge der SozialdemokratInnen keine  
24 kapitalistisch orientierte Banken unterstützt werden, die auf die Gewinnmaximierung der EignerInnen  
25 ausgerichtet sind, solange ausreichend attraktive gemeinwohlorientierte Alternativen bestehen.  
26

27 Sparkassen haben den gesetzlichen Auftrag dem Gemeinwohl zu dienen, indem durch sie geld- und  
28 kreditwirtschaftliche Grundleistungen sichergestellt werden und sie insbesondere der Bevölkerung,  
29 dem Mittelstand und der öffentlichen Hand dienen (§ 2 Abs. 1 SpkG LSA). Ihr Ziel ist damit nicht die  
30 Gewinnmaximierung für die Inhaber von Geschäftsanteilen. Rein kapitalistisch wirtschaftende  
31 Privatbanken dagegen betreiben oft als Teil ihrer Gewinnmaximierung auch menschenverachtende  
32 Finanzpraktiken, wie etwa Finanzspekulation mit Grundnahrungsmitteln, was in vielen Ländern zu  
33 Hungersnöten und Armut entscheidend beiträgt  
34 ([http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/spekulationen-mit-nahrungsmitteln-deutsche-bank-](http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/spekulationen-mit-nahrungsmitteln-deutsche-bank-laedt-zu-konferenz-a-963536.html)  
35 [http://www.faz.net/aktuell/finanzen/devisen-](http://www.faz.net/aktuell/finanzen/devisen-rohstoffe/agrarrohstoffe-deutsche-bank-haelt-an-nahrungsmittel-spekulation-fest-12031549.html)  
36 [rohstoffe/agrarrohstoffe-deutsche-bank-haelt-an-nahrungsmittel-spekulation-fest-12031549.html](http://www.faz.net/aktuell/finanzen/devisen-rohstoffe/agrarrohstoffe-deutsche-bank-haelt-an-nahrungsmittel-spekulation-fest-12031549.html)).  
37

38 Die daneben bestehenden Genossenschaftsbanken sind als Genossenschaft per gesetzlicher  
39 Definition dazu da, „den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle  
40 Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern“ (§ 1 GenG). Auch wenn sich dieser  
41 Zweck bei Genossenschaftsbanken regelmäßig auf die Förderung der wirtschaftlichen Belange der  
42 Mitglieder mittels gemeinschaftlichem Geschäftsbetriebs beschränkt, so ermöglichen sie die  
43 Partizipation aller Genossenschaftsmitglieder an den erzielten Überschüssen und nicht nur eine  
44 Gewinnausschüttung an privilegierte Geschäftsanteileigentümer oder Aktionäre. Zudem hat sich die  
45 SPD regelmäßig der Förderung des Genossenschaftswesens verschrieben.

46 Sowohl Sparkassen, Genossenschaftsbanken sowie in den Zielen vergleichbare Banken sind  
47 kapitalistisch organisierten Banken wesentlich vorzuziehen. Mit der Kontenführung durch SPD-  
48 Gliederung bei einer genossenschaftlich oder öffentlich-rechtlich organisierten Bank unterstützen wir  
49 deren – mit unseren Grundwerten besser vereinbaren – Ziele.  
50

51

1 Beschluss: O4

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, Juso-  
4 Bundeskongress

5

6

7

### **Abschaffung des negativen Stimmgewichts bei einem Mitgliederentscheid**

8

9 Wir fordern, dass das bisherige Abstimmungsquorum von 20 % in ein Zustimmungsquorum von 10 %  
10 umgewandelt wird

11

12

#### **Begründung:**

13

14 Durch das Abstimmungsquorum von 20 % kann derzeit der Effekt des „negatives Stimmgewichtes“  
15 entstehen. Dies bedeutet, dass man mit einer „Nein“ Stimme den Befürwortern des Entscheides unter  
16 Umständen hilft das notwendige Quorum zu erreichen und ihr Anliegen durchzusetzen. Gleichzeitig  
17 könnte man als Gegner eines Entscheides das Ergebnis durch einen Boykott negativ beeinflussen.  
18

19

20

21

22 Beschluss: O5

23

24 Weiterleitung an: Juso-Bundeskongress, Juso-Bundesvorstand

25

26

27

### **Simultandolmetschen des Juso-Bundeskongresses in Englisch und Bereitstellung der Tonspur parallel zum Livestream**

28

29

30 Der Juso-Bundeskongress möge beschließen, dass für zukünftige Bundeskongresse  
31 Simultandolmetscher\*innen beschäftigt werden, um auch Teilnehmer\*innen ohne Deutschkenntnisse  
32 eine größere Chance auf Beteiligung zu ermöglichen. Des Weiteren soll die gedolmetschte Tonspur  
33 parallel zum Livestream im Internet zugeschaltet werden können.

34

35

#### **Begründung:**

36

37 Die Jusos verstehen sich selbst als feministischer, sozialistischer und internationalistischer  
38 Richtungsverband. Zum Bundeskongress reisen jedes Jahr internationale Gäste, viele davon aus  
39 unseren diversen Schwesterorganisationen, an. Eine Möglichkeit der Teilhabe oder gar Teilnahme an  
40 Diskussionen besteht jedoch oftmals nicht, da durch die Sprache eine nur schwer zu überwindende  
41 Hürde aufgebaut wird. Zwar wird es dem Bundeskongress aus Kosten- und Logistikgründen nicht  
42 möglich sein, in sämtliche Sprachen der teilnehmenden Gäste dolmetschen zu lassen, mit der  
43 Bereitstellung einer englischen Tonspur würde die vorhandene Barriere jedoch zumindest gesenkt  
44 werden.  
45

46

47 Indem die entsprechende Tonspur auch im Internet zur Verfügung gestellt wird, würde man eine  
48 weitere Möglichkeit schaffen Menschen ohne Deutschkenntnisse an der Veranstaltung teilhaben zu  
49 lassen.

50

51 Dies wäre eine wichtige Maßnahme um unserem internationalistischem Anspruch zu genügen.

52

53